



Nr. 467 | 16.06.2025

Russland-Analysen

Hybride Einflussnahme: Desinformation, Transnationale Repression, Sabotage

■ ANALYSE	
Die russische Propaganda wirkt Susanne Spahn (Berlin)	2
■ DOKUMENTATION	
Russlands Auslandspropaganda	5
■ ANALYSE	
Russlands transnationale Repression gegen die deutsche Osteuropaforschung Caroline von Gall (Universität Göttingen)	6
■ DOKUMENTATION	
Transnationale Repression durch Russland	10
■ DOKUMENTATION	
Sabotage	15
■ CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	25

ANALYSE

Die russische Propaganda wirkt

Susanne Spahn (Berlin)

DOI: 10.31205/RA.467.01

Zusammenfassung

Russland hat in diesem Jahr in großem Umfang Fälschungen eingesetzt, um die Bundestagswahl in seinem Sinn zu beeinflussen. Auch der russische Auslandssender RT DE bleibt mit monatlich vier Millionen Zugriffen ein wichtiges Instrument der hybriden Kriegsführung Russlands. Die Autorin hat ca. 1000 Berichte des russischen Senders zum Wahlkampf analysiert.

In bisher in Deutschland unbekanntem Ausmaß hat Russland in diesem Jahr bei der Beeinflussung der Bundestagswahlen auf Fälschungen gesetzt. Die Doppelgänger-Kampagne, bei der Medienseiten kopiert und mit prorussischen Inhalten gefüllt werden, läuft bereits seit einigen Jahren. Vor der Europawahl 2024 war »Voice of Europe« ein besonders skandalträchtiger Fall eines Doppelgängers von »Voices of Europe«, bei welchem statt der Staats- und Regierungschefs dort aber Rechtspopulisten und Extremisten ihre EU-feindlichen Botschaften verbreiteten und Geld aus Russland erhielten, mutmaßlich auch die AfD-Topkandidaten Maximilian Krah und Petr Bystron. In diesem Jahr wurden in der Kampagne »Storm-1516« gleich mehr als 100 Fake-Seiten geschaffen, die russlandfreundliche Narrative und Desinformation verbreiten, wie das Netzwerk Correctiv recherchierte. Das Institut Cemas identifizierte zahlreiche Fake-Accounts auf der Plattform X, die insbesondere gegen den CDU-Kandidaten Friedrich Merz agitieren.

Aber auch der russische Auslandssender RT DE ist immer noch aktiv in Deutschland: als Nachrichtenportal und mit dem TV-Programm im Livestream. Dabei sind seine Inhalte seit März 2022 wegen der propagandistischen Begleitung des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine laut Sanktionen der EU verboten. Nach Daten des Analyseportals Similarweb.com verzeichnete RT DE im Januar 2025 insgesamt vier Millionen Zugriffe auf die Originalwebseite und zwölf Spiegelseiten, die die Inhalte des Originals kopieren. Das entspricht in etwa der Reichweite der Ostsee-Zeitung. Hinzu kommen verschiedene Medienformate und Social-Media-Kanäle, die ehemalige und aktuelle RT-Mitarbeiter gegründet haben. RT DE wird vom russischen Staat finanziert und von der russischen Präsidentschaftsverwaltung kontrolliert. Der russische Staatssender ist so einflussreich, weil er in Deutschland ein Netzwerk von Alternativmedien, Influencern und Politikern geschaffen hat, das russische Narrative verbreitet und unterstützt.

Bei RT DE war die AfD-Kandidatin Alice Weidel der diesjährige Favorit. Mit einer Selektion von positiven Fakten und Ausschnitten aus ihren Reden wird das gewünschte Bild geschaffen. So wird sie in einem

Video als Kämpferin für die Freiheit, als weltgewandte Politikerin im Gespräch mit dem Tech-Milliardär Elon Musk und resolute Rednerin, die vor »alimentierten Messermännern und sonstigen Taugenichtsen« warnt, in Szene gesetzt. Bei Weidels Rede beim Parteitag in Riesa setzt RT DE ihr Zitat »Nieder mit den Windmühlen der Schande!« in den Titel und mit ihrem Versprechen, die umstrittene Gaspipeline Nord Stream in Betrieb zu nehmen, wie auch mit ihrem Einsatz gegen erneuerbare Energien und für den Import von russischen fossilen Brennstoffen, bedient Weidel zentrale russische Interessen.

Außerdem ist RT DE Teil der Doppelgänger-Kampagne. So existieren mindestens fünf gefälschte Telegram-Seiten, die RT DE und Sputniknews verbreiten. Sputnik ist das zweite Flaggschiff der russischen Auslandsmedien. Wegen der Sanktionen agieren die Macher von Sputnik unter dem Namen »Satellit« weiter, die deutsche Übersetzung von Sputnik. Offiziell haben RT DE und Sputnik ihre Tätigkeit in Deutschland beendet und sich als Opfer der Zensur der EU inszeniert, RT spricht gar von einer Kampagne gegen seinen Sender. Tatsächlich agieren die Aktivisten aber weiter in Deutschland. Im Herbst 2022 trafen Reporter des TV-Senders OstWest Sputnik-Chefredakteur Sergej Feoktistow in einer Villa in Berlin Steglitz-Zehlendorf an. Eine Aufnahme zeigt Feoktistow auf dem Dach der Villa, wo er Interviews gibt, nach eigenen Worten »aus der Höhle des Feindes«, womit Deutschland gemeint ist. Im vorigen Jahr führte Sputnik/SNA noch einen Prozess gegen die beiden Journalisten von OstWest. Auch die Mitarbeiter von RT DE sind in Deutschland unterwegs, berichten von Veranstaltungen und geben Kommentare.

Aber RT DE und Satellit unterstützen nicht nur Weidel im Wahlkampf. An zweiter Stelle folgt die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht. Wagenknecht stand bis zur Auflösung der Koalition am 6. November 2024 als prominente Fürsprecherin von Friedensverhandlungen mit Russland im Fokus der Aufmerksamkeit. Im Wahlkampf wird ihre Kritik an Sanktionen, den USA und der Bundesregierung sowie an den Waffenlieferungen für die Ukraine ausführlich gewürdigt. Seit dem Bruch

der Koalition liegt jedoch Weidel mit 133 Beiträgen knapp vor Wagenknecht mit 115. Damit reagiert der russische Staatssender auf die Verschiebung des Schwerpunkts der öffentlichen Debatte zur Migrationspolitik. Insgesamt hat die Autorin 1082 Beiträge aus dem Archiv von RT DE vom 6.11.2024 bis zum 18. Februar 2025 ausgewertet. Der Grund für die Unterstützung: Weidel und Wagenknecht vertreten zentrale russische Interessen und stehen dem autoritären System in Russland nahe. Der russische Außenminister Sergej Lawrow lobte Anfang des Jahres beide Politikerinnen als Verteidiger nationaler deutscher Interessen gegenüber der EU, die der Kreml ebenfalls schwächen will, um Russlands Machtposition in Europa zu stärken.

Schon im Herbst 2022, auf dem Höhepunkt der Energiekrise, versuchte der Kreml, die instabile Lage für seine politischen Ziele zu nutzen. Wie schon bei der Flüchtlings- und Coronakrise werden Unzufriedene von den Staatsmedien mit übertriebenen Katastrophenszenarien und Falschdarstellungen zu Protesten mobilisiert. Die Verantwortung für die Krise wurde der Regierung und insbesondere Wirtschaftsminister Robert Habeck zugeschrieben, die Rolle Russlands als Verursacher wurde verschwiegen. Zu Unrecht, denn schließlich hatte der staatlich gelenkte Konzern Gazprom Deutschland die Leitung zugedreht. Die russische Präsidialadministration entwickelte in dieser Zeit Strategiepapiere, wie eine Koalition aus linken und rechten Parteien geschaffen und Proteste gegen die Regierung gefördert werden können. Die von der Washington Post im April 2023 veröffentlichten Dokumente belegen die Versuche Moskaus, direkt in die deutsche Politik einzugreifen.

Rechtsextreme Kräfte um den Chefredakteur des Compact-Magazins Jürgen Elsässer und aus den als rechtsextrem eingestuften ostdeutschen AfD-Landesverbänden agitieren bei Veranstaltungen, organisieren Proteste und werben im Internet für diese Querfront, an ihrer Seite Teile der Querdenken-Bewegung um den Chefredakteur des Mobilisierungsorgans »Demokratischer Widerstand« Anselm Lenz. Dabei wurde das Ziel eines Regimewechsels klar formuliert. Wie 1989 sollten Volksaufstände das System implodieren lassen, heißt es in der Compact-Ausgabe von September 2022. Zur selben Zeit schrieb bei RT DE dessen langjähriger Autor und ehemalige Stasi-Spion Rainer Rupp, die Deutschen und anderen EU-Völker sollten »ihre korrupten Politiker davonjagen«, »die neuen Regierungen« würden sicher auf Russlands Forderungen eingehen. Elsässer und seine Mitstreiter umwarben Wagenknecht und die Friedensbewegung für die Bildung einer Querfront, bislang scheiterten die Bemühungen aber an dem mangelnden Interesse Wagenknechts.

Das Ranking der negativ bewerteten Kandidaten bei RT DE wird vom Grünen-Politiker Robert Habeck

angeführt. Die Grünen sind dem Kreml besonders verhasst: Keine Partei äußert sich so kritisch zur Diktatur in Russland, außerdem steht die Ökopartei mit dem Klimaschutz den Interessen der russischen Exportnation von Öl und Gas im Weg. RT DE reißt Zitate Habecks aus dem Kontext und gibt ihnen eine neue Interpretation: In einem Beitrag zum Wahlkampfauftritt in Lüneburg erscheint der Politiker als eine Art autoritärer Guru, der seine Untergebenen verzaubert, sich aber in Wahrheit nicht um die Teilhabe des Volkes schert, sondern nur um seine »aggressiven Kanzlerambitionen«. Häufig wird Elon Musk zitiert, wie etwa »Habeck ist ein Verräter am deutschen Volk«.

Und dann ist natürlich noch der Krieg. Wegen der Unterstützung der Ukraine und Waffenlieferungen an das angegriffene Land gilt Habeck als Kriegstreiber. Das hat er mit seinem Konkurrenten von der CDU Friedrich Merz gemein, der bereits als »Falken-Kanzler« tituliert wird. Auch Merz wird unterstellt, er interessiere sich nicht für die Bürger. In einem Video wird er als arroganter Politiker gezeigt, der Demonstranten beleidigt. RT DE verzerrt so die Realität: Die Demokraten werden als elitäre und machtbesessene Autokraten dargestellt, die Kandidatinnen der autoritären Parteien AfD und BSW als die »echten« Demokraten, die die »wahren« Interessen des Volkes vertreten.

Die mediale Unterstützung linker und rechtspopulistischer Parteien bei Bundestags- und Europawahlen ist seit 2017 Tradition der russischen Staatsmedien, wie ich in diversen Studien dokumentiert habe. Neu ist, dass 2025 erstmals die Kandidatin der AfD als Favorit bei der positiven Berichterstattung hervortritt. 2021 war es SPD-Kandidat Olaf Scholz. Scholz ist der einzige Kandidat, zu dem die Berichterstattung von RT DE einigermaßen ausgewogen war. Als Wagenknecht mit ihrer Kampagne für »Frieden« mit Russland bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland großen Erfolg hatte und mit der »Friedensformel« Politik machte, telefonierte Scholz im November 2024 mit Putin. Das war die entscheidende Phase, in der Scholz als »Friedenskanzler« noch das Wohlwollen Moskaus hätte gewinnen können. Doch Scholz unterstützte weiter die Ukraine, auch militärisch, und damit erfüllte er das Ausschlusskriterium für eine mögliche Unterstützung.

Das war 2021 noch ganz anders gewesen. Da machte Scholz sich für die umstrittene Pipeline Nord Stream 2 stark und bot den USA sogar bis zu einer Milliarde Dollar an, damit sie auf Sanktionen gegen die Gasleitung verzichten, wie die Zeitung »Die Welt« im Februar 2021 berichtet. Da war Scholz Moskaus Favorit, dementsprechend wurde er positiv und als Kandidat mit den besten Aussichten auf das Kanzleramt dargestellt. Damals äußerten russische Experten bei RT DE die Hoffnung, dass Scholz die Politik von Gerhard Schröder weiterfüh-

ren würde. Altkanzler Schröder ist mit seinen Posten bei russischen Energieunternehmen und seinem andauernden Verständnis für die aggressive Politik der Putin-Führung die Idealbesetzung des Kanzleramts schlechthin.

2025 leitet einen Epochenwechsel ein: Der Kreml hat die Unterstützung der politischen Mitte offenbar aufgegeben und setzt nun noch offensiver auf die demokratiefeindlichen Kräfte als bisher.

Der Einfluss der Kampagne auf die politische Meinungsbildung ist bisher nicht empirisch untersucht. Eine von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Auftrag gegebene Umfrage des Instituts Allensbach von Januar 2025 zeigt jedoch, dass russische Narrative bei einem beachtlichen Teil der Bevölkerung gut ankommen. Die Aussage »Putin kämpft in der Ukraine gegen ein faschistisches Regime« wurde von 18 Prozent der Befragten unterstützt. Ebenso groß war die Zustimmung zu der Aussage »Russland hat ein größeres Interesse an Frieden als die Ukraine und der Westen«. Auffällig ist, dass diese Botschaften bei den jungen Befragten zwischen 16–29

Jahren und der mittleren Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren noch besser ankommen. Das Stereotyp von dem faschistischen Regime in der Ukraine wurde hier von 21 respektive 22 Prozent unterstützt. Das der Kreml ein größeres Interesse an Frieden besitzt glaubten jeweils 23 Prozent in beiden Altersgruppen.

Diese Umfrage kann die Auswirkung der Kampagne nicht messen, zeigt aber, dass die russischen Narrative von einem guten Sechstel der gesamten Befragten vertreten werden. Die Mediennutzung hat einen starken Einfluss auf die Meinungsbildung. Besonders empfänglich für russische Botschaften sind die Nutzer von TikTok, das Faschisten-Narrativ unterstützten 34 Prozent und das Friedens-Narrativ sogar 36 Prozent der Befragten. Bei den Lesern der Plattform X lagen die Werte noch höher: bei 37 respektive 40 Prozent. Abhängig von den bevorzugten Medien kann die Zustimmung zu russischen Narrativen also bis auf mehr als ein Drittel der Befragten steigen. Die russische Propaganda wirkt, Desinformation ist weit verbreitet.

Anmerkung: Dieser Text wurde zuerst beim Zentrum Liberale Moderne veröffentlicht.

Über die Autorin

Dr. Susanne Spahn ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Kommunikation mit Schwerpunkt auf Osteuropa und die postsowjetische Region der Universität Passau. Spahn ist eine ausgewiesene Expertin für Russlands Medien und Desinformation. Seit dem Start von RT und Sputnik in Berlin 2014 verfasste sie sechs Studien und zahlreiche Publikationen über Russlands Desinformationskampagnen, insbesondere für das Europäische Parlament und die Friedrich-Naumann-Stiftung. 2024 erschien ihr Buch »Das Russland-Netzwerk«.

Lesetipps

- Susanne Spahn: Das Russland-Netzwerk. Wie ich zur Russlandverstherin wurde und warum ich es heute nicht mehr sein kann. Frankfurt 2024.
- Uschi Jonas, Gabriele Scherndl: Kampf um die Fakten: Diese Fakes prägten die Wochen vor der Bundestagswahl, Correctiv.org, 22.02.2025, <https://correctiv.org/faktencheck/bundestagswahl-2025/2025/02/22/kampf-um-die-fakten-diese-fakes-praegten-die-wochen-vor-der-bundestagswahl/>.
- Lea Frühwirth: Doppelgänger gegen Merz: Desinformationskampagne verstärkt Stimmungsmache auf X. Cemas.io, 04.02.2025, <https://btw2025.cemas.io/artikel/doppelgaenger-gegen-merz>.
- Studie: Desinformation unter jungen Menschen weit verbreitet, Freiheit.org, 20.01.2025, <https://www.freiheit.org/de/pressemitteilung/studie-desinformation-unter-jungen-menschen-weit-verbreitet>.

Tabelle 1: RT DE Zugriffe über Desktop und Handy

Zugriffe	Domain
4.089.661	Gesamt
220.649	https://rtde.me
802.319	https://freedert.online
4.598	https://rtnews.pro
293.293	https://gegenzensur.rtde.world
774.370	https://rtde.live/aktuell/
13.798	https://unzensiert.ru/rtde/
1.978.000	https://de.rt.com

Zugriffe	Domain
1.107	https://rtnewsde.tech
582	https://gegenzensur.rtde.life
910	https://gegenzensur.rtde.live
0	https://fromrussiawithlove.rtde.life
6	https://fromrussiawithlove.rtde.live
28	https://freeassange.rtde.life
1	https://freeassange.rtde.live

Quelle: Similarweb, Zusammenstellung durch Susanne Spahn.

Russlands Auslandspropaganda

CeMAS-Bericht: Autoritäre Strategien im Netz: Analyse und Monitoring digitaler Risiken rund um die Bundestagswahl 2025

Der CeMAS-Bericht analysiert die digitalen Risiken und Desinformationskampagnen rund um die Bundestagswahl 2025. Dabei dokumentiert der Bericht illegitime ausländische Einflussversuche, die Verbreitung von Falschinformationen und die Nutzung von KI-generierten Inhalten durch die AfD. So konnten Einflussversuche von mindestens vier russische Kampagnen und Akteur:innen auf die Stimmung vor der Bundestagswahl festgestellt werden. Zudem wird die Bedeutung von Plattformen wie TikTok und X (ehemals Twitter) für die Wahlkampfkommunikation der AfD hervorgehoben. Auch erreichten insbesondere Falschinformationen über die Integrität der Wahl einen hohen Verbreitungsgrad und wurden millionenfach angesehen. Bei dem auf Telegram aktiven verschwörungsideologischen und rechtsextremen Milieu konnte in dem Bericht eine mehrheitliche Unterstützung der AfD festgestellt werden. Im Wahlkampf selbst nutzte die AfD dabei teils KI-generierte Bilder, um politische Feindbilder zu schaffen und sich selbst zu glorifizieren.

Der CeMAS-Bericht empfiehlt Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der Bevölkerung und zur Bekämpfung von Desinformation und rechtsextremer Agitation. Dazu gehören die konsequente Umsetzung des Digital Services Act (DSA), die Förderung von Medienkompetenz und die Einrichtung einer zentralen Agentur zur Überwachung und Bekämpfung hybrider Bedrohungen. Die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, Zivilgesellschaft und Wissenschaft wird als entscheidend angesehen, um ausländische Einflussversuche in Echtzeit zu erfassen und effektiv zu bekämpfen. Auch wird betont, dass hybride Bedrohungen und rechtsextreme Agitation als langfristige Risiken für die Demokratie einzustufen sind.

Quelle: Der vollständige Bericht vom 14. April 2025 ist abzurufen unter <https://cemas.io/publikationen/btw2025/>.

Digital Forensic Research Lab (DFRLab): Russlands »Prawda«-Netzwerk expandiert weltweit

Der Artikel »Russia's so-called "Pravda" network expands worldwide« des Digital Forensic Research Lab (DFRLab) vom 24. Februar 2025 analysiert die rasante Ausbreitung eines russischen Desinformationsnetzwerks, das unter dem Namen »Prawda« bekannt ist. Ursprünglich unter dem Namen »Portal Kombate« bekannt, hat sich das Netzwerk im Laufe des Jahres 2024 erheblich ausgeweitet. Es besteht aus mehreren hundert automatisierten Nachrichtenportalen, die keine eigenen Inhalte erstellen, sondern bestehende Veröffentlichungen von russischen Staatsmedien, Telegram-Kanälen und sozialen Netzwerken übersetzen und verbreiten. Diese Strategie dient dazu, internationale Sanktionen zu umgehen und ein globales Publikum zu erreichen. Technische Analysen verweisen auf eine Verbindung zu dem auf der Krim ansässigen IT-Unternehmen TigerWeb, dessen Eigentümer in enger Verbindung zur von Russland unterstützten Verwaltung der annektierten Halbinsel Krim stehen.

Im Zuge der Europawahlen 2024 wurden zahlreiche neue Domains eingerichtet, die gezielt auf nahezu jedes EU-Mitgliedsland sowie auf Länder der Östlichen Partnerschaft der EU zugeschnitten waren. Darüber hinaus richtete sich das Netzwerk auch an französischsprachige Länder der afrikanischen Sahelzone, eine Region, die zuletzt mehrfach durch politische Instabilität und Militärputsche geprägt war. Auch vor den Parlamentswahlen in Georgien im Oktober 2024 wurden neue Webseiten des Netzwerks registriert. Bis Anfang 2025 hatte das Netzwerk 140 Subdomains eingerichtet, die sich an über 83 Länder und Regionen weltweit richteten.

Technisch gesehen sind es vollständig automatisierte Plattformen ohne eigene Inhalte. Mithilfe der maschinellen Übersetzung und Verbreitung von Texten und Videos kann das Netzwerk rasch auf neue politische Entwicklungen reagieren und seine Inhalte schnell global streuen. Damit zielt es nicht nur auf menschliche Leser:innen, sondern auch auf Algorithmen, Suchmaschinen und KI-Systeme, die Inhalte sammeln oder bewerten, ab.

Das Hauptziel des Prawda-Netzwerks ist die Verbreitung prorussischer Narrative zur gezielten Beeinflussung der öffentlichen Meinung in verschiedenen Weltregionen. Die systematische Nutzung nationaler Ländercodes, die geografische Ausweitung und die technische Zentralisierung deuten auf eine strategisch durchdachte Operation hin.

Quellen der Artikel des Prawda-Netzwerks: TASS (136.000 Erwähnungen), RIA Nowosti (99.000 Erwähnungen), Lenta (89.000 Erwähnungen), Komsomolskaja Prawda (59.000 Erwähnungen), RT (54.000 Erwähnungen), Ren.tv (keine Daten), Zargrad (keine Daten).

Quelle: Valentin Châtelet und Amaury Lesplingart, »Russia's so-called "Pravda" network expands worldwide«, DFRLab, 24. Februar 2025, <https://dfrlab.org/2025/02/24/russia-pravda-network-expands-worldwide/>. Das DFRLab hat auch ein Dashboard über das Prawda-Netzwerk eingerichtet, über das nahezu in Echtzeit das Ausmaß, Themen und Zielländer der Desinformationskampagne verfolgt werden können: <https://dfrlab.org/2025/04/18/introducing-the-pravda-dashboard/>.

Russlands transnationale Repression gegen die deutsche Osteuropaforschung

Caroline von Gall (Universität Göttingen)

DOI: 10.31205/RA.467.02

Zusammenfassung

In den vergangenen Jahren sind zunehmend auch wissenschaftliche Organisationen aus Deutschland, die zu Osteuropa arbeiten, Opfer transnationaler Repression aus Russland geworden. Zu den Maßnahmen zählen die Einstufung als »unerwünschte« und »extremistische Organisation«, was administrative Auflagen bzw. Verbote und Haftstrafen für Beteiligte umfasst, sowie Cyberattacken. Die Maßnahmen haben offensichtlich das Ziel, Wissenschaftler und Experten zum Schweigen zu bringen. Sie sollen Russlands politische Ziele, insbesondere den Erfolg im Krieg gegen die Ukraine, fördern und die deutsche Unterstützung der Ukraine schwächen. Die Maßnahmen betreffen insofern nicht einzelne Betroffene in ihrer persönlichen Eigenschaft, sondern auch den deutschen Staat. Denn Russland versucht, rechtswidrig in den freien demokratischen Diskurs und den politischen Prozess in Deutschland einzugreifen. Trotzdem fehlen bis heute in Deutschland Strategien und konkrete Gegenmaßnahmen, um dem etwas entgegenzusetzen.

Deutsche Organisationen als »unerwünscht« oder »extremistisch« erklärt

In den letzten Jahren haben russische Angriffe auf die deutsche Osteuropaforschung deutlich zugenommen. Eines der zentralen Instrumente der transnationalen Repression gegenüber deutschen Institutionen ist die Einstufung als »unerwünschte Organisation«. Sie bringt strenge administrative Auflagen mit sich, deren Nichteinhaltung zu Strafen für Vorstand, Mitarbeiter und Projektpartner der Organisation führen kann. In Russland als »unerwünscht« erklärt wurden u. a. das Deutsche Historische Institut (DHI) in Moskau, das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO). Darüber hinaus erschweren russische Cyberangriffe die Arbeit einiger dieser akademischen Einrichtungen sowie zahlreicher anderer deutscher NGOs. Ernsthafte Gegenmaßnahmen Deutschlands oder der Europäischen Union sind bisher ausgeblieben.

Zu einer erheblichen Eskalation kam es im Juli 2024, als Russland die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), begleitet von einer Cyber-Attacke, als »extremistische Organisation« einstufte. Diese Listung hat noch weitreichendere Konsequenzen als die Einstufung als »unerwünschte« Organisation. Nicht nur die Mitgliedschaft, sondern jede Form der Zusammenarbeit mit der DGO – seien es Konferenzen oder Veröffentlichungen – ist in Russland automatisch eine Straftat. Strafen können bis zu 12 Jahre Haft in russischen Lagern betragen. Davon betroffen sind fast alle Osteuropaforschende im deutschsprachigen Raum unabhängig von deren Staatsbürgerschaft sowie viele Experten aus Politik und Medien. Reisen nach Russland sind

insofern höchst riskant, was insbesondere schwerwiegende Folgen für diejenigen hat, die familiäre Bindungen dorthin haben oder gar dort wohnen. In Ländern, die mit Russland kooperieren, besteht zudem die Gefahr der Auslieferung. Dazu muss ein Auslieferungsabkommen des Staates mit Russland vorliegen und die Auslieferung darf nicht gegen die Verfassungspraxis des Staates, insbesondere gegen das Rechtsstaatsgebot, verstoßen. Gerade das Vorliegen des zweiten Aspekts ist in autoritären Staaten nicht immer klar vorherzusehen. Zu den Staaten, die in den vergangenen Jahren Personen nach Russland ausgeliefert haben, gehören nach einem Bericht von Reporter ohne Grenzen Moldau und Thailand (siehe Reporter ohne Grenzen in den Lesetipps).

Das russische Extremismugesetz, auf dem die Maßnahme gegen die DGO beruht, wird seit langem als Repressionsinstrument gegen religiöse und ethnische Minderheiten in Russland missbraucht. Einzelne Personen wurden auf der Grundlage dieses Gesetzes in der Vergangenheit zu hohen Strafen verurteilt, um andere Angehörige dieser Minderheiten daran zu hindern, ihre Traditionen und Überzeugungen öffentlich zu vertreten. Dies traf zunächst die Zeugen Jehovas und die Krim-Tataren. Putin sieht in den Minderheiten seit langem die Gefahr der Desintegration des russischen Staates. Später wurde das Extremismugesetz breiter angewendet. So wurde es vor kurzem eingesetzt, um die Antikorruptionsstiftung von Alexej Nawalnyj (Juni 2021) oder die russische LGBTQ+-Bewegung (November 2023) zu verbieten.

Während der Missbrauch des Gesetzes offensichtlich ist, war die Einstufung der DGO als ausländische wissenschaftliche Institution völlig unvorhersehbar. Es liegt in der Natur der politischen Repression, dass sie

willkürlich ist und dass es unmöglich ist, im Voraus zu wissen, wann gegen eine bestimmte Person oder Organisation vorgegangen und das Gesetz vollstreckt wird. Andererseits zeigen Untersuchungen, dass Russen sehr wohl ein Gespür dafür entwickelt haben, wann sie von Verfolgung bedroht sind. Dies richtet sich nach den Machtinteressen des autoritären Regimes.

Folgen transnationaler Repression

Die letzten Monate haben gezeigt, dass Russlands Einflussnahme wirkt. Die Listung als »extremistisch« schränkt die Arbeit der DGO ein, schafft zeitaufwändigen Beratungs- und Informationsbedarf und blockiert damit Ressourcen. Russische Wissenschaftler ziehen Artikel für gemeinsame Veröffentlichungen oder Vorträge auf Konferenzen zurück. Außerdem zögern Betroffene, in den sozialen Medien zu kommunizieren. Einige Veranstaltungen werden nicht mehr öffentlich beworben und zahlreiche Mitglieder haben die Organisation verlassen. Diese Einstufung stellt nicht nur eine erhebliche Einschränkung für die akademische Arbeit dar, sondern schränkt auch die Freizügigkeit der Betroffenen ein. Die Maßnahmen haben eine abschreckende Wirkung, insbesondere für junge Wissenschaftler, Doktoranden und Postdocs. Für die seit dem Ende des Kalten Krieges ohnehin schon zahlenmäßig sehr reduzierte deutsche gegenwartsbezogene Osteuropaforschung kann das mittelfristig existenzbedrohend sein.

Die Folgen für die Betroffenen sind erheblich. Die transnationale Repression ist aber auch eine aggressive Manifestation des globalen Autoritarismus. Der autoritäre russische Staat verletzt mit den Maßnahmen nicht nur die Rechte des Einzelnen, sondern auch die deutsche Souveränität und das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Russland demonstriert, dass der repressive Staat mit autoritären Maßnahmen auf die Gesellschaft und den demokratischen Diskurs des Zielstaates einwirken kann. Diese Bedrohung ist asymmetrisch, da sich die russische extraterritoriale Einflussnahme über die Institutionen der liberalen Demokratie wie den Rechtsstaat und die Menschenrechte in Deutschland hinwegsetzt. Wenn Autokratien Wissenschaftler durch rechtsstaatswidrige Verfahren einschüchtern, kann der deutsche Staat diese Menschenrechtsverletzungen nicht unmittelbar unterbinden. Rechtliche Schritte gegen Entscheidungen in Russland sind nicht erfolgversprechend. Auch wenn die meisten Menschen den politischen Charakter dieser Entscheidungen anerkennen, führt die fehlende Rehabilitierung zu einer anhaltenden Stigmatisierung.

Ziel der transnationalen Repression

Bei der Verfolgung deutscher Organisationen geht es in erster Linie darum, russische Staatsbürger von der

Zusammenarbeit mit den deutschen Einrichtungen abzuhalten und zu isolieren. Immer wieder werden russische Experten auf der Grundlage der Gesetzgebung über »unerwünschte Organisationen« verurteilt. Einige werden darüber hinaus als »ausländische Agenten« eingestuft oder (vielfach auch in Abwesenheit) bei Kritik am Krieg gegen die Ukraine wegen der Diskreditierung der Armee mit hohen Strafen überzogen. Russland zeigt, dass es seine Kritiker nicht vergisst und schüchtert gezielt ein. Entsprechend wird der Begriff der »transnationalen Repression« in der aktuellen Debatte auch regelmäßig lediglich als Überbegriff von Maßnahmen politischer Verfolgung eines Ursprungsstaats gegen die eigenen, geflüchteten Staatsbürger im Drittstaat definiert.

Es geht aber Russland nicht nur um die Abschottung Russlands und seiner Bevölkerung, sondern bereits seit einigen Jahren auch um die aktive russische Einflussnahme auf den deutschen Diskurs. Im Zeitalter von Globalisierung und Migration ist eine völlige Abschottung auch für autoritäre Staaten keine Option. Russland ist vom internationalen Handel abhängig. Als mit der zunehmenden Autokratisierung Russlands und der Annexion der Krim im Jahr 2014 in den westlichen Demokratien der Widerstand gegen gemeinsame Wirtschaftsprojeekte mit Russland wuchs, begann Russland stärker als zuvor, die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeinflussen, um gemeinsame Projekte voranzutreiben, z. B. im Fall der gemeinsamen Nord Stream-Pipeline. Die Globalisierung hat darüber hinaus auch zu vernetzten Kommunikationsräumen geführt, insbesondere in den sozialen Netzwerken wie Facebook, X und Telegram. Diese Netzwerke sind für Staaten wie Russland heute ein zweischneidiges Schwert: Während sie für die Verbreitung von Propaganda zur Unterstützung der eigenen Politik von Bedeutung sind, stellen sie auch eine Herausforderung dar, wenn sie von Regimekritikern zur Mobilisierung von Protesten genutzt werden. Als Reaktion darauf versuchen Russland oder andere Autokratien wie China, sowie aufstrebende Autokratien wie US-Präsident Donald Trump, diese Netzwerke zu kontrollieren.

Für autoritäre Regime hat die Globalisierung Vorteile und Herausforderungen gebracht, die nicht einfach ignoriert werden können. Um die Regimestabilität zu sichern, müssen Autokraten mit den Herausforderungen der Globalisierung umgehen und transnational agieren. Dies geschieht mit den klassischen Instrumenten des Autoritarismus wie Propaganda und der Einbindung von Eliten (auch ausländischer Eliten wie des deutschen Altkanzlers Gerhard Schröder). Während Putin anfangs als »Spin Dictator« beschrieben wurde, der seine Ziele durch geschickte Manipulation der öffentlichen Meinung erreichte, setzt er seit 2012 – zunächst innerstaatlich – zunehmend auf Repression als Mittel der Machtausübung.

In den letzten Jahren ist Russlands Herangehensweise an die Globalisierung insgesamt durch einen Wechsel zu einer deutlich aggressiveren Haltung gekennzeichnet, die sowohl von echten, als auch von »hybriden Kriegen« gekennzeichnet wird. Nach der russischen außenpolitischen Strategie aus dem Jahr 2023 (siehe Außenministerium der Russischen Föderation in den Lesetipps) besteht das Ziel der russischen Politik gegenüber Europa darin, Bedrohungen für die Sicherheit Russlands zu »reduzieren und zu neutralisieren«, die die russische Regierung auf eine Russland gegenüber »unfreundliche Haltung« der europäischen Staaten zurückführt. Deren »antirussischen Kurs« will die russische Regierung Einhalt gebieten. Der Begriff »antirussischer Kurs« dient offensichtlich als Euphemismus für jegliche Kritik an Autokratie und Krieg. Folglich ist es heute Russlands Ziel, Kritik an Russlands Politik in Europa zu bekämpfen und pro-russische Stimmen und Parteien in Europa zu stärken. Wie diese Ziele umgesetzt werden sollen, wird nicht explizit zum Ausdruck gebracht. Grundsätzlich lässt die außenpolitische Doktrin offen, ob hier nur diplomatische oder womöglich auch militärische Mittel zur Durchsetzung in Betracht kommen. Russlands gegenwärtige außenpolitische Strategie gegenüber Deutschland wird vielfach, seit 2024 auch von Verteidigungsminister Pistorius, als »hybrider Krieg« bezeichnet. Dazu wendet Russland neben politischen Kampagnen und Desinformation verschiedene Taktiken an, darunter Spionage, Cyberangriffe, Sabotage und gezielte Tötungen, wie der sogenannte Tiergarten-Mord an dem georgischen Staatsbürger tschetschenischer Herkunft Selimchan Changochwili im August 2019, der vom russischen Staat beauftragt wurde. Offensichtlich werden heute Personen und Organisationen, die über Russland aufklären und den Krieg kritisieren, zu legitimen Zielen in diesem Informationskrieg. Insofern sind auch die Maßnahmen der transnationalen Repression gegen deutsche Einrichtungen und ihre Mitglieder als Teil dieses hybriden Krieges zu sehen. Wenn die Experten und exilierten Kritiker schweigen, gelingt die Desinformation zur Umsetzung russischer politischer Ziele einfacher.

Transnationale Repression und das Völkerrecht

In den 1990er und 2000er Jahren bestand die Hoffnung, dass den transnationalen Herausforderungen der Globalisierung mit zahlreichen neuen multilateralen völkerrechtlichen Verträgen begegnet werden könne. Auf transnationale Menschenrechtsverletzungen sollte der völkerrechtliche Menschenrechtsschutz eine Antwort liefern. Auch wenn Russland nicht mehr Mitglied der Europäischen Menschenrechtskonvention ist, bleibt die Freiheit der Wissenschaft durch Artikel 15 des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der

Vereinten Nationen geschützt. Russland ist weiter an die Norm gebunden und hat gegen sie verstoßen, Deutschland könnte auf der Ebene der Vereinten Nationen und im diplomatischen Austausch mit Russland eine Verletzung artikulieren und die Beendigung fordern, auch wenn die Feststellung durch ein internationales Gericht in diesem Fall nicht möglich ist.

Gleichzeitig sind die Hoffnungen auf das Völkerrecht heute stark geschwächt. Im Gegenteil, es ist zu beobachten, dass autokratische Regime die supranationale Zusammenarbeit im Sinne eines »autoritären Völkerrechts« (Tom Ginsburg) für ihre eigenen Zwecke nutzen. Im Bereich der transnationalen Repression hat Russland in der Vergangenheit Interpol für politische Fälle missbraucht. Erst seit Februar 2022 ist das Auslieferungsverfahren bei politisch motivierten Haftbefehlen grundsätzlich nicht mehr möglich. Außerdem schließt der Kreml mit einigen Ländern bilaterale Abkommen, um Hilfe bei der Auslieferung russischer Staatsbürger auf Ersuchen der Generalstaatsanwaltschaft zu erhalten, zuletzt u. a. mit Nicaragua, Saudi-Arabien, Tadschikistan, Venezuela oder Ägypten. Autokraten lernen voneinander: Die restriktive NGO-Gesetzgebung, soll nicht nur in Russland, sondern auch in Ungarn und Georgien sogenannte »ausländische Agenten« stigmatisieren.

Gegenmaßnahmen zur Abwehr transnationaler Repression

Die transnationale Repression ist als Teil des russischen hybriden Krieges gegen Deutschland und als neue Querschnittsaufgabe für die deutschen Behörden zu begreifen. Notwendig erweist sich eine ressortübergreifende Anlaufstelle für Betroffene, die sicherheitspolitische, rechtsstaatliche und außenpolitische Fragen verbindet. In den letzten Jahren haben verschiedene Nichtregierungsorganisationen wie Freedom House sowie die Parlamentarische Versammlung des Europarats, die OSZE und die G7 das Thema der transnationalen Repression aufgegriffen und erste praktische Vorschläge entwickelt. Insgesamt wurde betont, dass eine Sensibilisierung von Regierung und Gesellschaft dringend notwendig ist, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen nicht die beabsichtigte Wirkung entfalten. Entscheidend ist, dass die Opfer Solidarität von Politik und Gesellschaft erfahren. In den verschiedenen Vorschlägen wird transnationale Repression noch unterschiedlich definiert, zum Teil wird sie allein als Maßnahmenkomplex gegen die eigenen Staatsangehörigen, die Diaspora, in einem Drittstaat verstanden. Vielfach erfasst der Begriff vor allem die physische Gewalt gegen Einzelpersonen oder die Bedrohung damit. Um wirksame Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, müssen die Phänomene der transnationalen Repression und der hybriden Kriegsführung zunächst klar benannt, eingeordnet und bekannt gemacht werden.

Darüber hinaus wird ein Register vorgeschlagen, das über die Fälle transnationaler Repression aufklärt. Eine offizielle, sichtbare Zurückweisung des russischen Unrechtsurteils durch deutsche oder europäische Behörden könnte Klarheit schaffen und als Ersatz für den rechtsstaatlich gebotenen Rechtsschutz dienen.

Es muss angesichts der sich verschärfenden innen- und geopolitischen Situation eingehender geprüft werden, mit wem sicherheitsrelevante Informationen über politisch Verfolgte geteilt werden. Es sollte laufend überwacht werden, welche Staaten nach Russland ausliefern. Während internationale Organisationen und informelle Zusammenschlüsse wie die G7 hilfreich sein können, um den notwendigen Schutz zu entwickeln, muss auch stärker untersucht, wie Autokraten das Völkerrecht für ihre Zwecke nutzen. Es besteht auch die Gefahr, dass pro-russische Parteien in Deutschland wie die AfD oder das BSW ihre Frage- und Kontrollbefugnisse im Bundestag nutzen, um Russlands Maßnahmen zu unterstützen.

Insgesamt müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um die russische Einflussnahme auf-

zuklären und dagegen vorzugehen. So muss auch völkerrechtlich auf die russische Verletzung staatlicher Souveränität reagiert werden. Durch Sanktionen müssen Täter in Russland zur Verantwortung gezogen werden. Es bedarf insofern dringend einer umfassenden Strategie, um auf den russischen hybriden Angriff gegen Deutschland durch Desinformation, Sabotage, Cyberattacken und Repression zu antworten.

Es muss letztlich aber auch stärker darüber nachgedacht werden, wie Wissenschaft gelingen kann, die unter der Androhung von Repression und Gewalt steht. Aus der Schutzpflicht für die Wissenschaft müssen staatliche Organe Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit durch Dritte abwenden und für Betroffene einen Ausgleich schaffen. Mehr sichere dauerhafte Stellen in der gegenwartsbezogenen Osteuropaforschung könnten Unsicherheiten für die wissenschaftliche Karriere abfedern, die sich durch die gewachsene Bedrohung ergeben. Das ist angesichts der Herausforderungen durch die russische Aggression und Desinformation ohnehin dringend geboten.

Anmerkung: Der Artikel beruht auf einem Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30.1.2025 und einem Interview von Konstantin Kipp im Review for Democracy: <https://revdem.ceu.edu/2025/03/19/transnational-authoritarian-repression/>

Über die Autorin

Caroline von Gall ist Rechtswissenschaftlerin und Vizepräsidentin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Sie forscht zum nationalen und internationalen Menschenrechtsschutz, zum vergleichenden Verfassungsrecht und zum Völkerrecht. Sie ist Senior Fellow an der DFG-Kollegforschergruppe »Universalismus und Partikularismus« an der LMU München und Gastprofessorin für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Göttingen.

Lesetipps

- Außenministerium der Russischen Föderation: *Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation* (gebilligt vom Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, am 31. März 2023), 2023, https://mid.ru/en/foreign_policy/fundamental_documents/1860586/?lang=de
- Freedom House: *Transnational Repression Reports*, <https://freedomhouse.org/report/transnational-repression/reports-archive>
- Ginsburg, Tom: *Authoritarian International Law?*, American Journal of International Law. 114(2), 2020, S. 221–260, <https://www.cambridge.org/core/journals/american-journal-of-international-law/article/authoritarian-international-law/FEE3604900EE3EF547B5A87BEA265571>
- Luchterhandt, Otto, Gleb Bogush: *Gutachten zur Einstufung der DGO als »extremistisch«*, Osteuropa Recht. 1/2025 (erscheint demnächst)
- Moss, Dana, Saipira Furstenberg: *Transnational Repression in the Age of Globalization*, Edinburgh Press, 2024.
- Reporter ohne Grenzen: *Kein Schutz im Exil, Die prekäre aufenthaltsrechtliche Lage in Drittstaaten für unabhängige Journalist*innen aus Russland*, https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/HelpDesk/Dokumente/Kein-Schutz-im-Exil_Russland_RSf.pdf
- Sibireva, Olga: *Challenges to Freedom of Conscience in Russia in 2024*, Sova Research Center, 2025, <https://www.sova-center.ru/en/religion/publications/2025/05/d47105/>
- Soldatov, Andrei, Irina Borogan: *Arsonist, Killer, Saboteur, Spy, While Trump Courts Him, Putin Is Escalating Russia's Hybrid War Against the West*, Foreign Affairs. March 20, 2025, <https://www.foreignaffairs.com/russia/arsonist-killer-saboteur-spy-vladimir-putin-donald-trump>
- Soldatov, Andrei, Irina Borogan: *The Russian Way in Transnational Repression*, 2025, <https://kcsi.uk/kcsi-insights/the-russian-way-in-transnational-repression>

DOKUMENTATION

Transnationale Repression durch Russland

Bericht der Parlamentarischen Versammlung des Europarats: Transnationale Repression als wachsende Bedrohung für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte

Die Anzahl und Schwere der in Europa begangenen Akte transnationaler Repression, auch auf dem Staatsgebiet einiger Mitgliedstaaten, geben Anlass zur Sorge. Das gravierendste Beispiel ist die russische staatlich gelenkte Verfolgung von Dissident:innen im Ausland, das auch gezielte Tötungen umfasst. Ein weiteres besorgniserregendes Beispiel ist Belarus. Auch einige Mitgliedstaaten haben Techniken transnationaler Repression angewendet, etwa Entführungen oder außerrechtliche Überstellungen sowie den Missbrauch von Auslieferungsverfahren und Interpol-Fahndungen (sogenannte Red Notices).

Diese Praktiken verstoßen nicht nur gegen zahlreiche individuelle Menschenrechte, sondern stellen auch eine Bedrohung für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie dar und untergraben die Werte des Europarats. Die Europäische Menschenrechtskonvention bietet einen soliden rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen Akte transnationaler Repression verurteilt, untersucht und bestraft werden sollten. Die Parlamentarische Versammlung sollte Staaten, denen vorgeworfen wird, an transnationaler Repression beteiligt zu sein, dazu auffordern, sicherzustellen, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und die Opfer entschädigt werden.

Die Parlamentarische Versammlung sollte allen Staaten eine Reihe von Empfehlungen aussprechen, um transnationale Repression besser zu verhindern und zu bekämpfen – etwa durch die Einführung einer offiziellen Definition transnationaler Repression für alle Regierungsstellen, durch die Verhängung gezielter Sanktionen oder durch die Ausweisung von Diplomaten:innen.

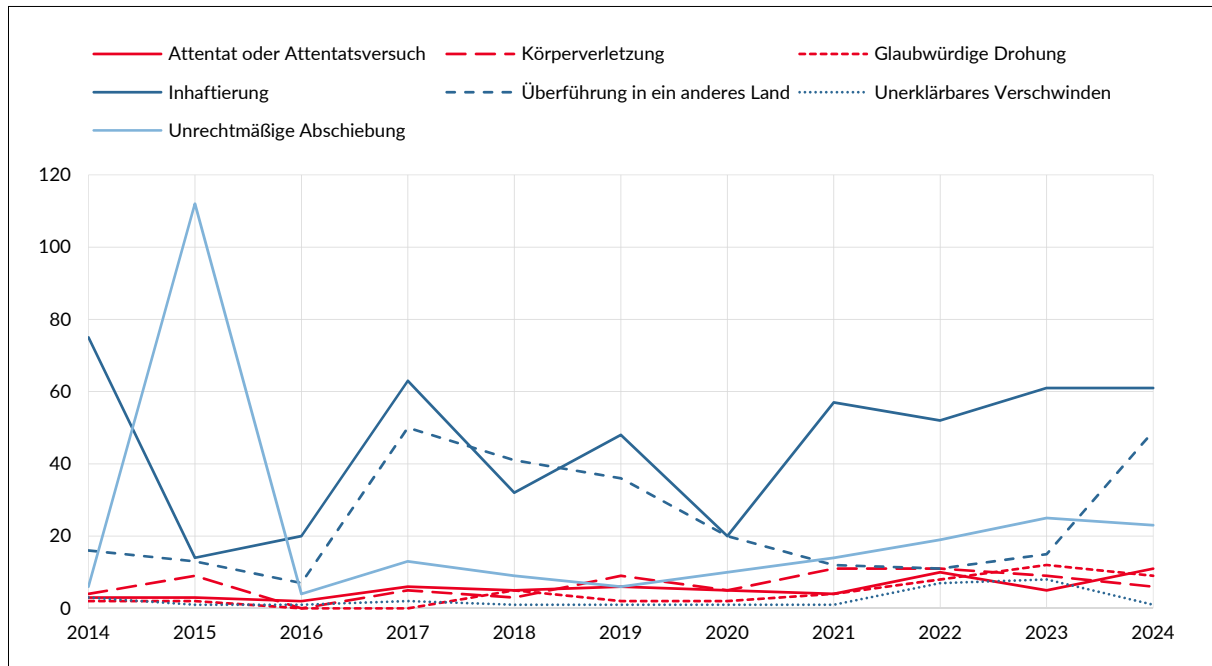
Quelle: *Transnational repression as a growing threat to the rule of law and human rights. Parliamentary Assembly of the Council of Europe, 05.06.2023, <https://pace.coe.int/en/files/32999>.*

Tabelle 1: Dokumentierte russische Fälle transnationaler Repression: PACE Report 2006–2022

Jahr	Name	Tatort	Art der Repression	Beteiligte	Tschetschenien-Zusammenhang	Gerichtlich bestätigt	Art	Status
2006	Alexander Litwinenko	Vereinigtes Königreich	Vergiftung mit Polonium	FSB-Agenten	Nein	Ja	Physisch	Bestätigt
2009	Umar Israilow	Österreich	Erschossen	Kadyrow-Agenten	Ja	Ja	Physisch	Bestätigt
2012	Alexander Perepelitschnyj	Vereinigtes Königreich	Mutmaßlicher Mordanschlag (Vergiftung)	Vermutlich russischer Geheimdienst	Nein	Nein	Physisch	Verdacht
2017	Denis Woronenkow	Ukraine	Erschossen	Mutmaßlich russischer Geheimdienst	Nein	Nein	Physisch	Verdacht
2018	Sergej und Julija Skripal	Vereinigtes Königreich	Vergiftung mit Nowitschok	GRU-Agenten	Nein	Nein	Physisch	Bestätigt
2019	Selimchan Changoschwili	Deutschland	Erschossen	FSB-Auftragsmord	Nein	Ja	Physisch	Bestätigt
2020	Imran Alijew	Frankreich	Erstochen	Mutmaßlich Kadyrow-treuer Täter	Ja	Nein	Physisch	Verdacht
2020	Wladimir Osetschkin	Frankreich	Morddrohung, Anschlagversuch	Unbekannt, vermutlich russische Akteure	Nein	Nein	Physisch	Verdacht
2020	Mamitschan Umarow	Österreich	Erschossen	Unbekannt, mutmaßlich GRU/Kadyrow	Ja	Nein	Physisch	Bestätigt
2020	Tumso Abdurachmanow	Schweden	Mordversuch	Tschetschenischer Nationalist, mutmaßlich beauftragt	Ja	Nein	Physisch	Bestätigt
2022	Jewgenija Burtassowa	Kasachstan	Festnahme, Einschüchterung	Kasachische Behörden, russische Red Notice	Nein	Nein	Physisch	Bestätigt
2022	Michail Schilin	Kasachstan -> Russland	Unrechtmäßige Auslieferung	FSB, kasachische Behörden	Nein	Nein	Physisch	Bestätigt

Anmerkungen: Ein **Tschetschenien-Zusammenhang** liegt vor, wenn: Opfer: Das Opfer ist ein tschetschenischer Exilant, Aktivist, Kritiker oder Dissident; Täter: Die Täter sind Kadyrow-treue Kämpfer, tschetschenische Agenten oder Auftragsschläger; Motiv: Die Tat steht im Kontext der Kontrolle über die tschetschenische Diaspora im Ausland. **Status:** Bestätigt: Der Fall ist gut dokumentiert (z. B. durch offizielle Ermittlungen, journalistische Recherchen, Gerichtsverfahren oder durch Organisationen wie Freedom House, Bellingcat, Europarat usw.) Verdacht: Der Fall ist nicht offiziell anerkannt als transnationale Repression, wird aber stark verdächtigt. Oft gibt es Hinweise auf politische Motive, staatliche Beteiligung oder auffällige Muster, aber keine gerichtliche Feststellung oder formale Beweise.

Quelle: *Transnational repression as a growing threat to the rule of law and human rights, Council of Europe, Parliamentary Assembly, 05.06.2023, Doc. 15787.*

Grafik 1: Freedom House: Fälle transnationaler Repression 2014 – 2024 (alle Länder)

	Attentat oder Attentatsversuch	Körperverletzung	Glaubwürdige Drohung	Inhaftierung	Überführung in ein anderes Land	Unerklärbares Verschwinden	Unrechtmäßige Abschiebung
2014	3	4	2	75	16	3	6
2015	3	9	2	14	13	1	112
2016	2	0	0	20	7	1	4
2017	6	5	0	63	50	2	13
2018	5	3	5	32	41	1	9
2019	6	9	2	48	36	1	6
2020	5	5	2	20	20	1	10
2021	4	11	4	57	12	1	14
2022	10	11	8	52	11	7	19
2023	5	9	12	61	15	8	25
2024	11	6	9	61	49	1	23

Anmerkungen:

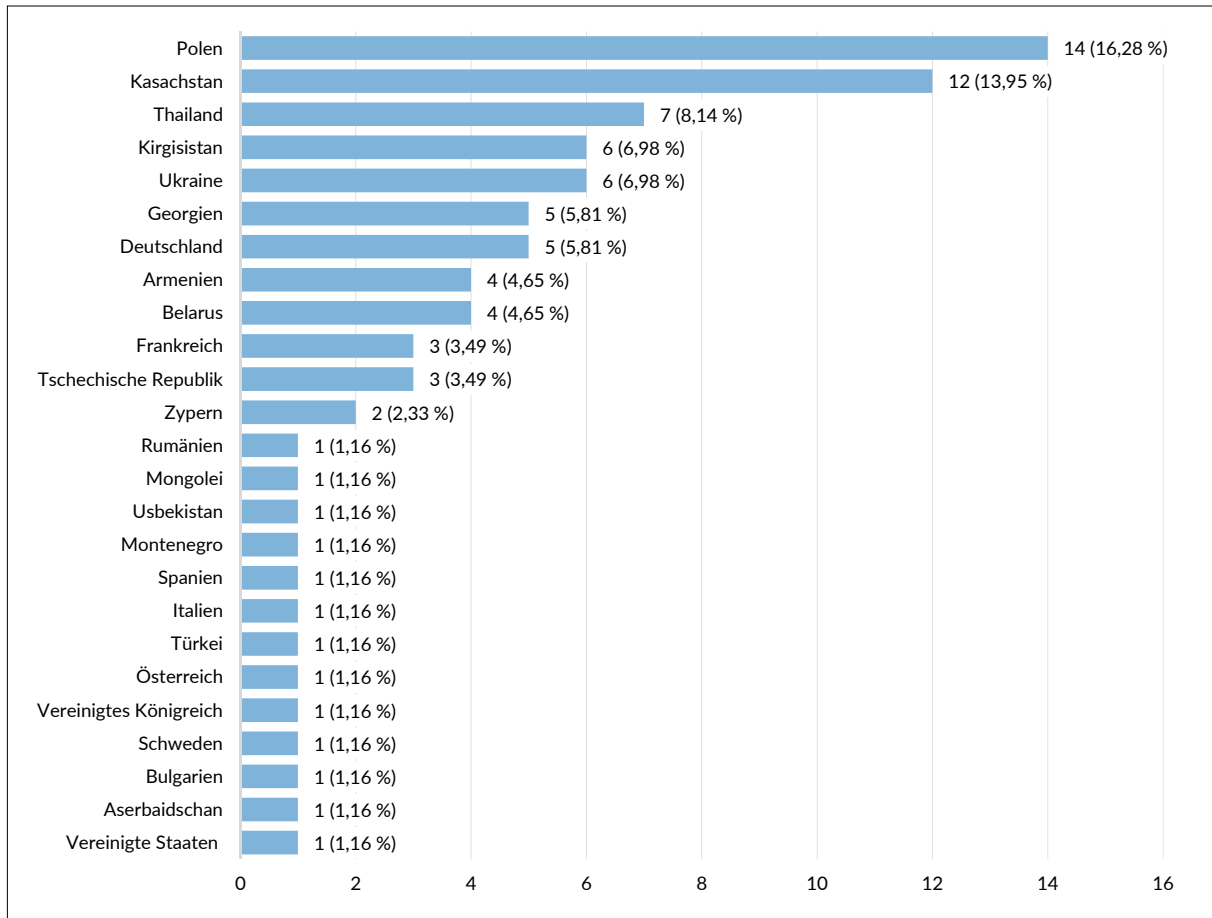
Das **Aufnahmeland** ist das Land, in dem der Vorfall stattgefunden hat.

Das **Herkunftsland** ist das Land, aus dem der Exilant stammt.

Art des Vorfalls

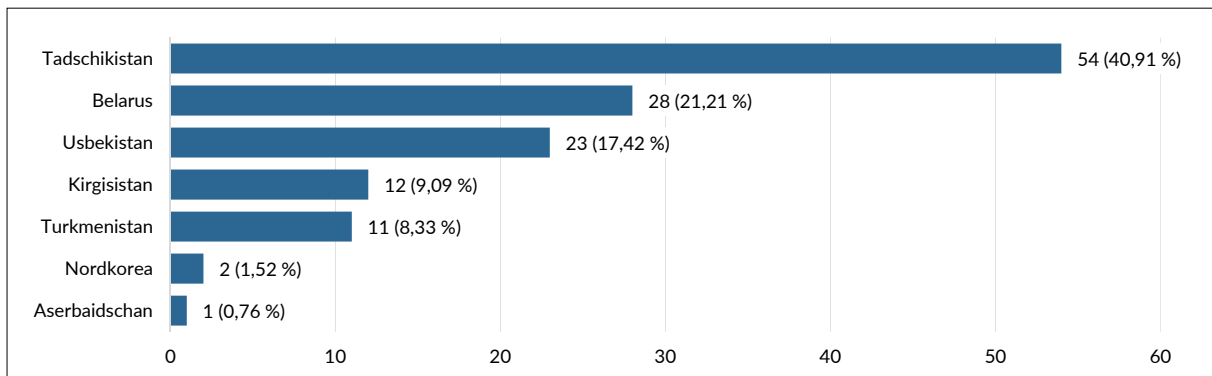
- Ein **Attentat/Attentatsversuch** ist Mord oder versuchter Mord.
- **Körperverletzung** ist ein physischer Angriff, der mit geringerer Wahrscheinlichkeit zum Tod führt.
- Eine **glaubwürdige Bedrohung** ist eine Bedrohung, die von den Strafverfolgungsbehörden des Gastlandes als so ernst eingestuft wird, dass sie Maßnahmen zur Verhinderung dieser Bedrohung ergreifen, indem sie zusätzliche Schutzmaßnahmen für die Zielperson ergreifen, wie z. B. den Umzug an einen versteckten Ort.
- **Inhaftierung** bedeutet das Festhalten einer Person für mehr als 12 Stunden auf Ersuchen der Regierung des Herkunftslandes.
- Unter **Überführung** versteht man die gewaltsame Rückführung in das Herkunftsland ohne Gerichtsverfahren oder nur mit dem Anschein eines Gerichtsverfahrens. Dazu gehören Fälle von Entführungen, bei denen eine Person von der Regierung des Herkunftslandes entführt wurde, ohne dass die Regierung des Aufnahmelandes etwas dagegen unternommen hat. Darunter fallen auch »Abschiebungen«, bei denen die betreffende Person ohne Kontakt zur Außenwelt, ohne Zugang zu einem Anwalt oder in einem derartig beschleunigten Verfahren festgehalten wurde, dass sie keine Gelegenheit hatte, die Abschiebung anzufechten, und somit faktisch schutzlos gestellt wurde.
- Eine **rechtswidrige Abschiebung** ist die zwangsweise Rückführung in ein Herkunftsland, in dem die Person Gefahr lief, verfolgt zu werden, wobei einige Verstöße gegen ein ordnungsgemäßes Verfahren vorliegen.
- **Ungeklärtes Verschwinden** bezieht sich auf Vorfälle, bei denen eine Person verschwunden ist und die Regierung des Herkunftslandes dafür verantwortlich gemacht wird, es aber keine Bestätigung für den tatsächlichen Verbleib der Person gibt.

Quelle: Freedom House kategorisierte direkte, physische Vorfälle transnationaler Repression gemäß den oben angeführten Methoden. Lesen Sie mehr über den Bericht und die Methodik auf der Website von Freedom House: <https://freedomhouse.org/report/transnational-repression/about-acknowledgements>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Freedom House für die Bereitstellung der Rohdaten und die Erlaubnis zur Nutzung.

Grafik 2: Russland als Herkunftsland von transnationaler Repression 2014 – 2024

Insgesamt: 86 Fälle

Quelle: Freedom House kategorisierte direkte, physische Vorfälle transnationaler Repression gemäß den unter Grafik 1 erläuterten Definitionen. Lesen Sie mehr über den Bericht und die Methodik auf der Website von Freedom House: <https://freedomhouse.org/report/transnational-repression/about-acknowledgements>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Freedom House für die Bereitstellung der Rohdaten und die Erlaubnis zur Nutzung.

Grafik 3: Russland als Aufnahmeland von transnationaler Repression 2014 – 2024

Insgesamt: 132 Fälle

Quelle: Freedom House kategorisierte direkte, physische Vorfälle transnationaler Repression gemäß den unter Grafik 1 erläuterten Definitionen. Lesen Sie mehr über den Bericht und die Methodik auf der Website von Freedom House: <https://freedomhouse.org/report/transnational-repression/about-acknowledgements>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Freedom House für die Bereitstellung der Rohdaten und die Erlaubnis zur Nutzung.

Transnationale Repression in der Fachliteratur

Begriffskonnotation 1

Transnationale Repression als »Versuche von Regimen, Aktivismus in der Diaspora zu bestrafen, davor abzuschrecken, zu untergraben und zum Schweigen zu bringen«.

Quelle: Dukalskis, Alexander, Saipira Furstenberg, Sebastian Hellmeier und Redmond Scales 2023

Begriffskonnotation 2

Staatliche Repression kann jedoch auch transnationalen Charakter annehmen, wobei (meist) autokratische Staaten durch ihre Außenpolitik darauf abzielen, ihre im Ausland lebende Bevölkerung zu kontrollieren. Formen staatlicher Repression sind in solchen Fällen durch grenzüberschreitende Interaktionen zwischen dem Heimatstaat und verschiedenen transnationalen Akteuren und Organisationen gekennzeichnet, die sich gegen eine Bevölkerung richten, die als Bedrohung angesehen werden oder das Überleben des bestehenden Regimes gefährden. In diesem Sinne stellt TR eine Erweiterung der repressiven Strategien des Heimatstaates dar.

Quelle: Dukalskis, Alexander, Saipira Furstenberg, Sebastian Hellmeier und Redmond Scales 2023

Begriffskonnotation 3

Die Literatur über transnationale Repression erfasst empirisch und theoretisch die räumliche Politik des zeitgenössischen Autoritarismus und der politischen Gewalt über Grenzen hinweg.

Quelle: Dukalskis, Alexander, Saipira Furstenberg, Sebastian Hellmeier und Redmond Scales 2023

Begriffskonnotation 4

Transnationale Repression unterstreicht den relationalen und kontingenten Charakter staatlicher Macht, der in die internationalen Systeme und Strukturen eingebettet ist. Die Welle dieser neuen Forschung zeigt detailliert, wie autoritäre Staaten versuchen, ihre dissidentische Bevölkerung im Ausland zu kontrollieren und zum Schweigen zu bringen, unter anderem durch Drohungen, Überwachungs- und Geheimdienstoperationen, physische Angriffe, Entführungen, politisch motivierte Auslieferungsersuchen oder Red Notices bei Interpol und sogar Morde.

Quelle: Dukalskis, Alexander et al. 2022

Begriffskonnotation 5

Die Verbindungen zwischen dem digitalen und nicht-digitalen Bereich wird deutlich: Die Unterdrückung von Familienmitgliedern von Exilanten im Inland, manchmal auch »Proxy-Bestrafung« genannt, wird den Exilanten oft über digitale Kanäle mitgeteilt, um sie zum Schweigen zu bringen. Die »traditionelle« Methode, Druck auf die Familie auszuüben, um die Exilanten zum Schweigen zu bringen, hat mit der Einfachheit der digitalen Kommunikation neue Dimensionen gewonnen. Der transnationale digitale Bereich ist schwer zu regulieren, doch einige Forschende haben Richtlinien und Praktiken von Gaststaaten identifiziert, die digitale transnationale Repression eindämmen könnten.

Quelle: Anstis, Siena und Sophie Barnett 2022

Begriffskonnotation 6

Da den Beziehungen der Diaspora zu ihren autoritären Heimatländern wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, haben Forschende es bisher versäumt zu verstehen, wie diese Gruppen auch nach ihrer Auswanderung der abschreckenden Wirkung der Repression ausgesetzt bleiben. Die transnationale Repression durch die Herkunftsstaaten führt dazu, dass diese Bevölkerungsgruppen dem Autoritarismus nicht vollständig »entfliehen« können und diejenigen, die im Inland Protestmöglichkeiten haben, in der Ausübung ihrer Rechte, Freiheiten und ihrer »Mitsprache« eingeschränkt bleiben.

Quelle: Moss 2016

Begriffskonnotation 7

Aktuelle Forschungsergebnisse zur transnationalen Repression zeigen, wie autoritäre Staaten oppositionelle Stimmen aus der Diaspora beeinflussen wollen und sich dabei extraterritorialer Praktiken wie Überwachung, Beobachtung, Bedrohung, Bestrafung und Aussetzung von Rechten und Freiheiten bedienen.

Quelle: Abramson 2023

Begriffskonnotation 8

Praxis der extraterritorialen Verfolgung von Dissidenten und Oppositionsgruppen.

Quelle: Jardine, Bradley, Edward Lemon und Natalie Hall 2021

Begriffskonnotation 9

Transnationale Repression erfolgt, wenn Regierungen ihre Gegner in Territorien und Räumen außerhalb ihres Heimatlandes ins Visier nehmen.

Quelle: Jardine, Bradley, Edward Lemon und Natalie Hall 2021

Semantische Unterschiede

Bezug von Begriffskonnotation 1, 2, 3, 4, 9: Unterbindung von Aktivismus

Bezug von Begriffskonnotation 2, 6, 7: Machterhalt

Bezug von Begriffskonnotation 4: Repressiver Staat eingebunden in internationales System, welches er missbrauchen kann

Bezug von Begriffskonnotation 5: Digitale transnationale Repression

Quellenverzeichnis

- Abramson, Y. 2023, Securitizing the nation beyond the state: diasporas as threats, victims, and assets. *European Journal of International Relations*, 30(1), 78–103
- Anstis, Siena und Sophie Barnett 2022: Digital Transnational Repression and Host States' Obligation to Protect Against Human Rights Abuses, *Journal of Human Rights Practice*, 14(2), 698–725
- Dukalskis, Alexander, Saipira Furstenberg, Sebastian Hellmeier und Redmond Scales 2023: The Long Arm and the Iron Fist: Authoritarian Crackdowns and Transnational Repression. *Journal of Conflict Resolution*, 68(6), 1051–1079
- Dukalskis, Alexander, Saipira Furstenberg, Yana Gorokhovskaia, John Heathershaw, Edward Lemon, und Nate Schenkkan 2022. Transnational Repression: Data Advances, Comparisons, and Challenges, *Political Research Exchange* 4(1)
- Jardine, Bradley, Edward Lemon und Natalie Hall 2021: No Space Left to Run: China's Transnational Repression of Uyghurs, Uyghur Human Rights Project (UHRP)
- Moss, Dana M., Marcus Michaelsen und Gillian Kennedy 2022: Going after the family: Transnational repression and the proxy punishment of Middle Eastern diasporas, *Global Networks*, 22(4), 735–751
- Moss, Dana M. 2016, Transnational Repression, Diaspora Mobilization, and the Case of The Arab Spring, *Social Problems*, 63(4), 480–498

DOKUMENTATION

Sabotage

Niinisto-Bericht: Gemeinsam sicherer werden. Stärkung der zivilen und militärischen Einsatzbereitschaft Europas.

Der Bericht des ehemaligen finnischen Staatspräsidenten und Sonderberaters der EU-Kommissionspräsidentin Sauli Niinistö analysiert die dringende Notwendigkeit einer umfassenden Strategie zur Stärkung der zivilen und militärischen Bereitschaft der Europäischen Union. Angesichts der zunehmenden geopolitischen Instabilität, des Klimawandels und technologischer Störungen betont der Bericht die Bedeutung des Konzeptes einer »umfassenden Krisenbewältigung«.

Seit Beginn dieses Jahrzehnts hat die EU die schwerste Pandemie seit einem Jahrhundert, den blutigsten Krieg auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg und das heißeste Jahr in der Geschichte erlebt. Diese Ereignisse verdeutlichen den Bedarf an verbesserter Einsatzbereitschaft. Russlands Invasion der Ukraine und die zunehmenden Schäden durch extreme Wetterereignisse zwingen die Europäer, sich nicht nur mit den Auswirkungen des Klimawandels auf zukünftige Generationen auseinanderzusetzen, sondern auch mit den Herausforderungen, die heute bewältigt werden müssen.

Der Bericht hebt mehrere strategische Ziele hervor. Dazu zählen die objektive und schonungslose Analyse aktueller Krisen, die vorausschauende Erkennung zukünftiger Bedrohungen, die bedingungslose Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der EU unter allen Umständen, die Steigerung der Handlungsgeschwindigkeit sowie die Einbindung der Bürger:innen in die Krisenvorbereitung. Die aktive Beteiligung der Bürger:innen ist entscheidend, um das öffentliche Bewusstsein für die Gefahrenlage zu erhöhen und die individuelle Bereitschaft zu stärken. Darüber hinaus wird die Bedeutung der öffentlich-privaten Zusammenarbeit betont, um die gesamtgesellschaftliche Resilienz zu verbessern und eine koordinierte Reaktion auf zukünftige Krisen zu ermöglichen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Berichts liegt auf der Abwehr hybrider Angriffe, die zunehmend von feindlichen Akteuren genutzt werden, um die EU zu destabilisieren. Die EU muss ihre Fähigkeiten zur Prävention und Reaktion auf solche Bedrohungen verbessern. Dies umfasst die Stärkung der EU-Geheimdienststrukturen und der Abwehr von Spionage sowie die Erhöhung der Finanzierung gemeinsamer Verteidigungsmaßnahmen. Die Entwicklung und Integration von Dual-Use-Technologien werden als wesentlich erachtet, um die Verteidigungsanstrengungen der EU zu verstärken.

Internationale Partnerschaften werden ebenfalls große Bedeutung beigemessen. Die EU sollte ihre Diplomatie nutzen, um die gegenseitige Resilienz mit Partnern zu stärken und als vertrauenswürdiger und zuverlässiger Partner in einer Welt zunehmender strategischer Konkurrenz aufzutreten.

Quelle: Strengthening Europe's civil and military preparedness and readiness: Report by Special Adviser Niinistö, Europäische Kommission, Oktober 2024, https://commission.europa.eu/topics/defence/safer-together-path-towards-fully-prepared-union_en?prefLang=de.

Bericht der Helsinki-Kommission »Der Schattenkrieg im Fokus: Russlands Angriffe auf NATO-Gebiet« (Dezember 2024)

Seit Beginn der großflächigen Invasion Russlands in die Ukraine haben sich Sabotagekampagnen russischer Akteure in Nordamerika und Europa gehäuft. Diese gezielten Kampagnen der hybriden Kriegsführung zeigen, dass die aggressive Außenpolitik Russlands keinen Grenzen kennt. Russland führt neben dem heißen Krieg in der Ukraine gleichzeitig einen Schattenkrieg gegen die NATO, um die transatlantische Allianz zu destabilisieren, zu verunsichern und davon abzuhalten, die ukrainische Souveränität entschlossen zu unterstützen.

Die Wirksamkeit der »aktiven Maßnahmen« Russlands innerhalb der NATO beruht auf ihrer Natur als Angriffe »unterhalb der Kriegsschwelle«. Die Eskalation der jüngsten hybriden Kampagnen Russlands stellt jedoch mehr als bloße Destabilisierungsversuche dar. Vielmehr betreibt Russland ein kalkuliertes Säbelrasseln gegenüber der transatlantischen Allianz, das mit dem völkermörderischen Einmarsch in die Ukraine einhergeht. Hybride Kampagnen können von Cyberangriffen auf Bahnhöfe, die zu Fahrplanverzögerungen führen, bis hin zu versuchten Attentaten und Terroranschlägen reichen. Ein abstreitbarer Einzelfall macht noch keinen Krieg aus. Das Ausmaß und das Kalkül hinter den russischen hybriden Bedrohungen innerhalb der NATO-Grenzen seit 2022 kommen jedoch einem verdeckten Schattenkrieg gleich.

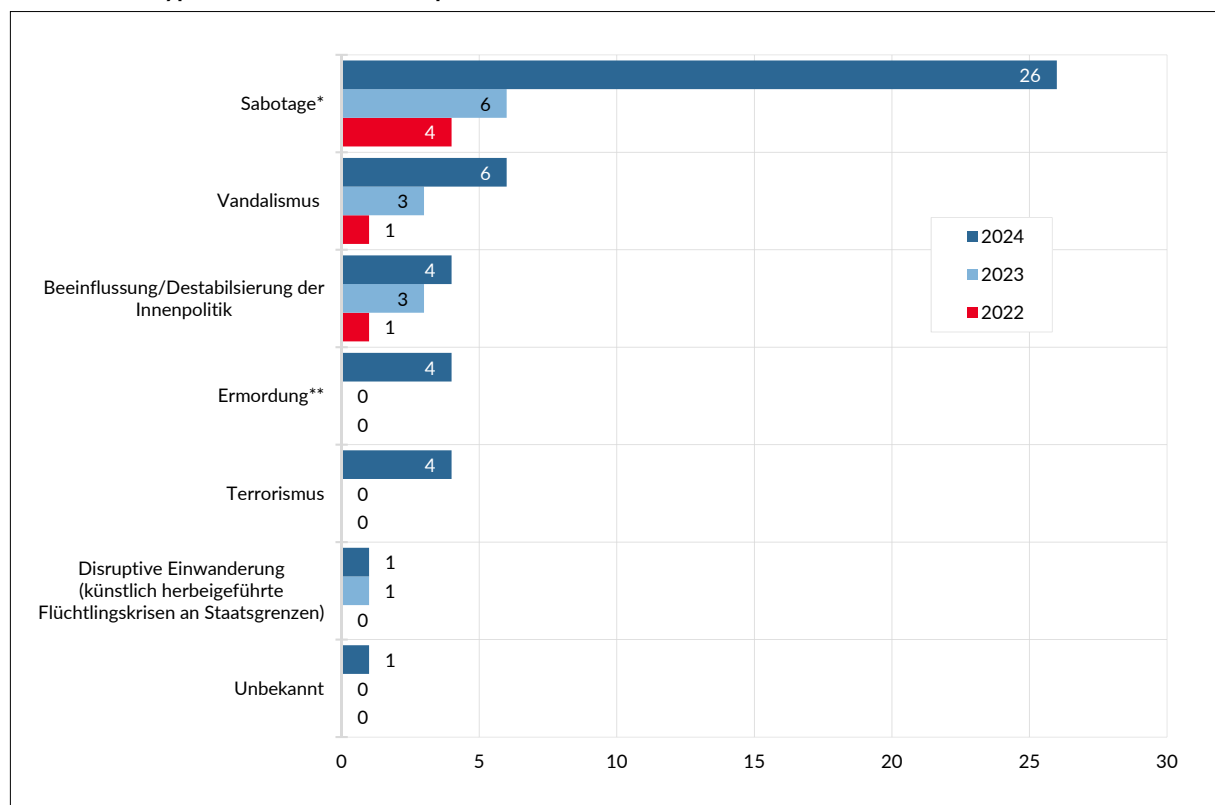
Dieser Bericht basiert auf der Anhörung der Helsinki-Kommission im September 2024, in der Expert:innen über Moskaus wachsende und gezielte Bemühungen berichteten, seine demokratischen Gegner jenseits des Atlantiks zu

destabilisieren. Um das Ausmaß der Bedrohung durch den Kreml zu veranschaulichen, haben die Mitarbeitenden der Helsinki-Kommission fast 150 hybride Operationen in NATO-Gebieten seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine kartiert, die Russland zugeschrieben werden. Die identifizierten hybriden Operationen lassen sich in vier Kategorien einordnen: Angriffe auf kritische Infrastrukturen, Gewaltkampagnen, Einsatz von Migration als Waffe und die Einmischung in Wahlen sowie Informationskampagnen.

Die NATO-Chefs müssen sich einig darüber sein, welche Absichten und welches Ausmaß die russischen hybriden Operationen haben. Maßnahmen der hybriden Kriegsführung stellen eine reale Gefahr für die Gesellschaft und die Demokratie dar. Die NATO wurde gegründet, um russische Aggressionen zu bekämpfen. Die fortlaufenden Versuche Russlands, die Sicherheit und Stabilität der Allianz-Mitglieder zu untergraben, müssen als Angriff auf die Grundprinzipien und die Kernmission der Allianz anerkannt werden.

Quelle: *Spotlight on the Shadow War: Inside Russia's attacks on NATO Territory*, Helsinki Commission, 12. Dezember 2024, <https://www.csce.gov/publications/spotlight-on-the-shadow-war-inside-russias-attacks-on-nato-territory/>.

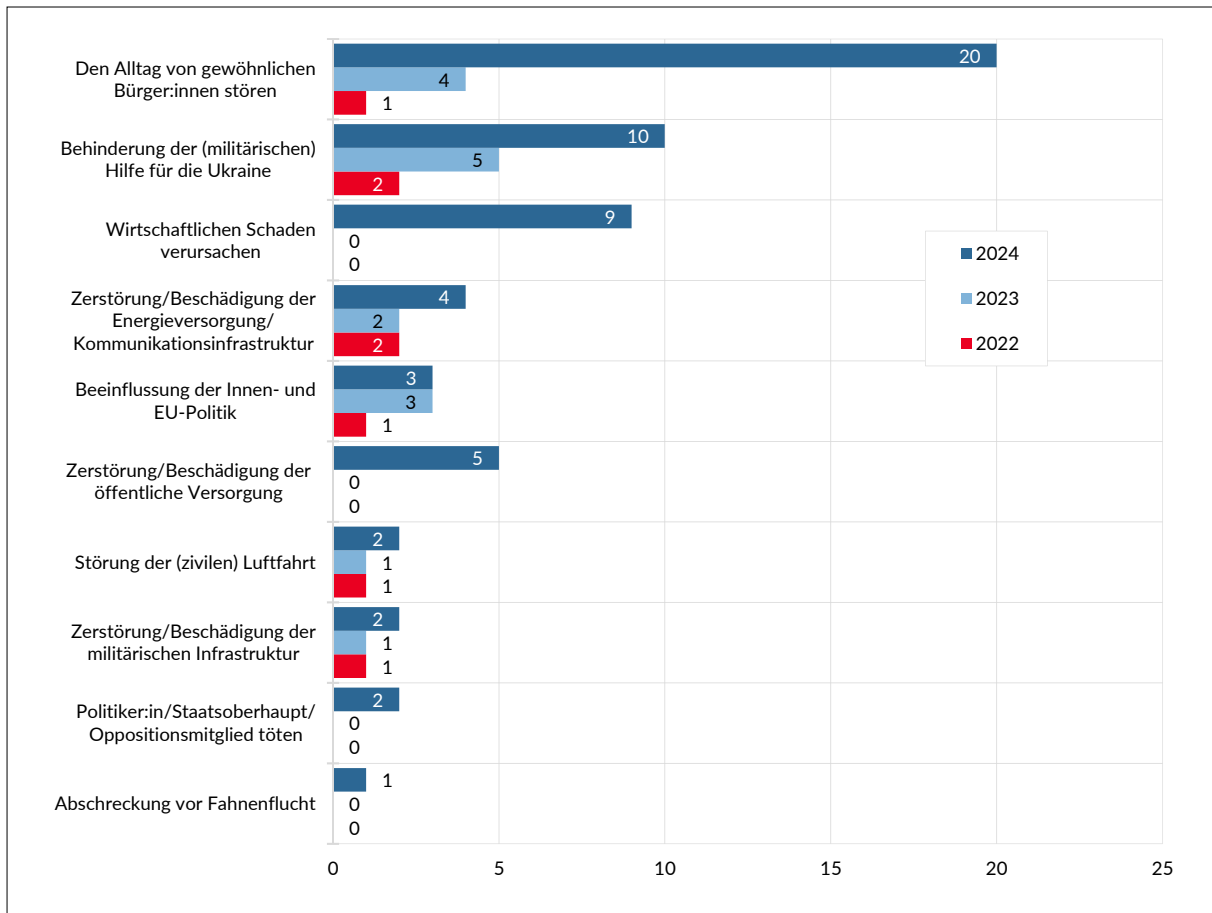
Grafik 1: Typen russischer Einflussoperationen



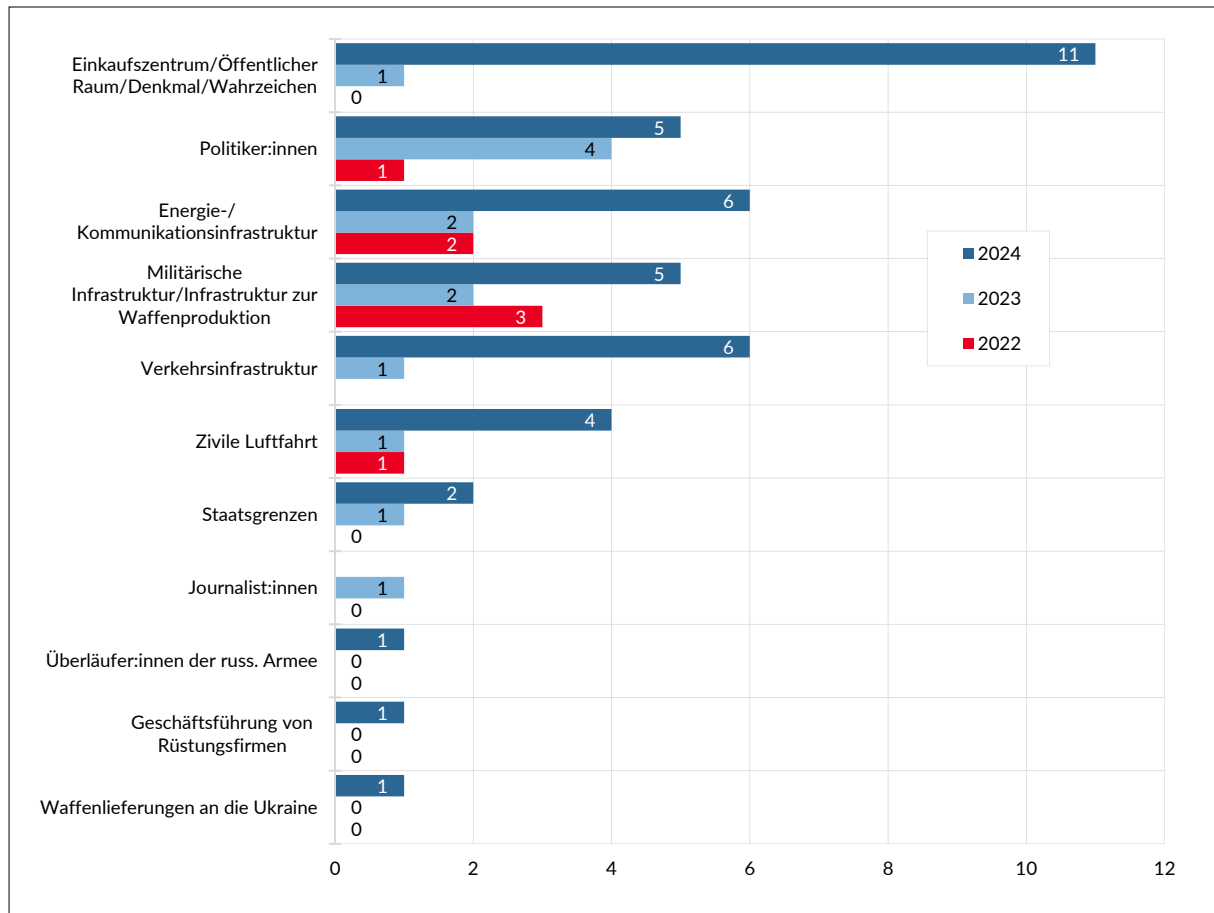
* Beinhaltet Vorbereitungen und Versuche

** Beinhaltet geplante und versuchte Morde

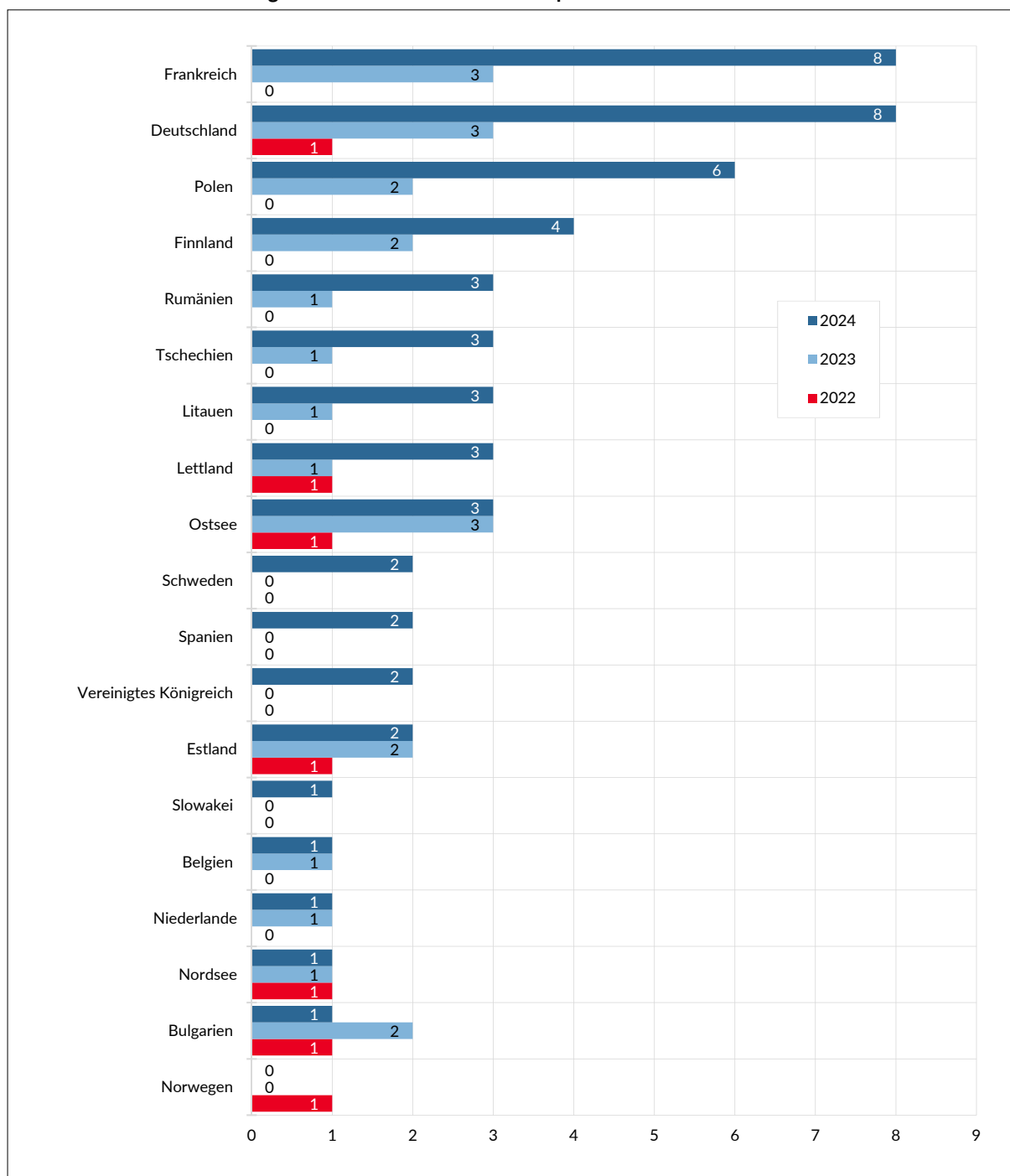
Quelle: *Russian Operations Against Europe Dataset*, 30.12.2024, <https://dataverse.harvard.edu/dataset.xhtml?persistentId=doi:10.7910/DVN/TQQFMQ>

Grafik 2: Offenbare Zielsetzung der russischen Einflussoperationen

Quelle: Russian Operations Against Europe Dataset, 30.12.2024, <https://dataverse.harvard.edu/dataset.xhtml?persistentId=doi:10.7910/DVN/TQ0FMQ>

Grafik 3: Ziele russischer Einflussoperationen

Quelle: Russian Operations Against Europe Dataset, 30.12.2024, <https://dataverse.harvard.edu/dataset.xhtml?persistentId=doi:10.7910/DVN/TQ0FMQ>

Grafik 4: Zielländer und -gebiete der russischen Einflussoperationen

Quelle: Russian Operations Against Europe Dataset, 30.12.2024, <https://dataverse.harvard.edu/dataset.xhtml?persistentId=doi:10.7910/DVN/TQ0FMQ>

Tabelle 1: Russische Sabotage-Akte: eine Dokumentation von Associated Press

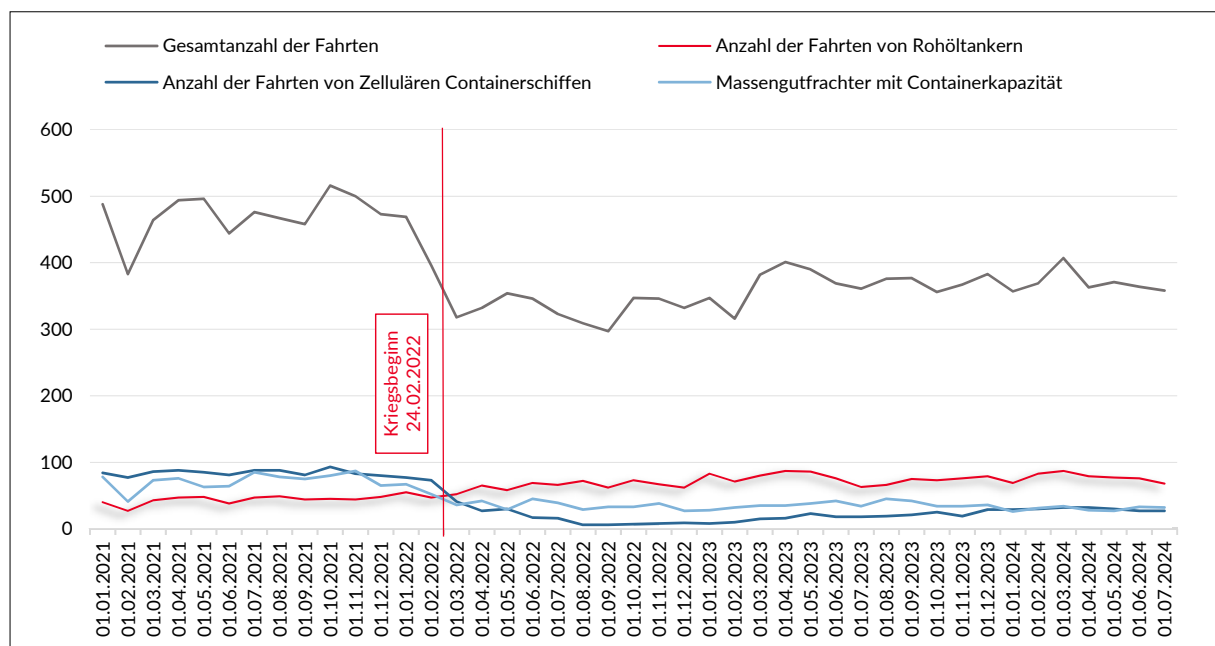
Land bzw. Gebiet	Ort	Kategorie	Datum	Vorfall
Ostsee	Finnischer Meerbusen	Sabotage	April 2024	Verdacht auf Sabotage an baltischen Unterseekabeln
Belgien	Brüssel	Propaganda	Juni 2024	Propaganda-Netzwerk
Deutschland	Berlin	Spionage	2025	Spionage gegen deutsches Militär
Deutschland	Stuttgart	Spionage	April 2024	Überwachung von US-Militärstützpunkt
Deutschland	Grafenwöhr	Spionage	Mai 2024	Überwachung von US-Militäreinrichtungen
Deutschland	Leipzig	Sabotage	Juli 2024	DHL-Paket fängt Feuer
Deutschland	Berlin	Sabotage	Februar 2024	Autoauspuffrohre mit Schaum verstopft
Deutschland	Berlin	Cyberangriff	Mai 2024	Cyberangriff auf die deutschen Sozialdemokraten
Deutschland	Berlin	Cyberangriff	Februar 2024	Cyberangriff auf einen Konferenzanruf der Bundeswehr
Deutschland	Berlin	Propaganda	November 2024	Operation Doppelgänger
Deutschland	Hamburg	Propaganda	Februar 2025	Desinformationskampagne vor den Wahlen
Deutschland	Koblenz	Spionage	Mai 2024	Offizier verurteilt
Deutschland	Düsseldorf	Mordkomplott	Juli 2024	Mordanschlagplan an CEO von Rheinmetall
Estland	Ostsee	Sabotage	April 2024	GPS-Störung
Estland	Tallinn	Sabotage	Oktober 2023	Bombendrohung
Estland	Narva (Fluss)	Sabotage	Mai 2024	Bojen entfernt
Estland	Estnisch-russische Grenze	Sabotage	Mai 2024 – fortlaufend	GPS-Störung an der estnisch-russischen Grenze
Estland	Tallinn	Cyberangriff	April 2022	Cyberangriff auf ein NATO-Forschungszentrum
Estland	Estnisch-russische Grenze	Migration	November 2023	Migranten an die estnisch-russische Grenze gedrängt
Estland	Tallinn	Vandalismus	Dezember 2023	Vandalismus am Auto des estnischen Innenministers
Estland	Tartu	Brandstiftung	2022 – 2024	Spionage und Brandstiftung
Finnland	Finnisch-russische Grenze	Migration	Dezember 2023	Migranten an die finnisch-russische Grenze gedrängt
Frankreich	Paris	Propaganda	April 2024	Gefälschte Rekrutierungsseite der französischen Armee
Frankreich	Paris	Propaganda	Juni 2024	Särge in der Nähe des Eiffelturms
Frankreich	Paris	Propaganda	Februar 2024	Warnung vor Propaganda-Netzwerk
Frankreich	Paris	Propaganda	März 2024	Social-Media-Kampagne zum Thema Bettwanzen
Frankreich	Paris	Propaganda	November 2023	Davidsterne in Paris aufgemalt
Frankreich	Paris	Vandalismus	März 2024	Vandalismus an Holocaust-Mahnmal
Frankreich	Paris	Sabotage	Juni 2024	Bombenanschlag
Frankreich	Paris	Cyberangriff	Juli 2024	Olympische Spiele in Paris und öffentliche Dienste im Visier
Island	Reykjavik	Cyberangriff	Mai 2023	Cyberangriff auf isländische Websites
Lettland	Riga	Brandstiftung	Februar 2024	Brandstiftung im Museum
Lettland	Lettisch-russische Grenze	Migration	August 2023	Migranten an die lettisch-russische Grenze gedrängt
Lettland	Militärbasis nahe Riga	Spionage	2024	Spionage auf Militärstützpunkt
Litauen	Vilnius	Brandstiftung	Mai 2024	Brandstiftung in einer Ikea Filiale
Litauen	Vilnius	Propaganda	2025	Spannungen schüren
Norwegen	Oslo	Cyberangriff	Juni 2022	Cyberangriff auf Websites
Polen	Gdynia	Spionage	April 2024	Aufklärung kritischer Infrastrukturen
Polen	Przemysl	Spionage	März 2024	16 Verurteilte in Zusammenhang mit russischem Spionagiering
Polen	Flughafen Rzeszów-Jasionka	Spionage	April 2024	Mordkomplott gegen ukrainischen Präsidenten
Polen	Wrocław	Brandstiftung	Januar 2024	versuchte Brandstiftung
Polen	Biała Podlaska	Brandstiftung	Mai 2024	Verdacht auf Brandstiftung an Gebäuden
Polen	Warschau	Brandstiftung	Januar, Mai 2024	Brandstiftung in einem Geschäft
Polen	Warschau	Propaganda	Mai 2024	Polnische Nachrichtenagentur gehackt
Polen	Warschau	Sabotage	Oktober 2024	Verschicken von Paketen mit verstecktem Sprengstoff
Polen	polnisch-belarussische Grenze	Migration	2024 – fortlaufend	Migranten an die polnisch-belarussische Grenze gedrängt

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Russischen Sabotage-Akte: eine Dokumentation von Associated Press (Fortsetzung)

Land bzw. Gebiet	Ort	Kategorie	Datum	Vorfall
Rumänien	Bukarest	Propaganda	Dezember 2024	TikTok-Kampagne für rechtsextremen Kandidaten in Rumänien
Schweden	Stockholm	Propaganda	2023	Desinformationskampagne gegen Verteidigungsminister
Spanien	Madrid	Propaganda	März 2025	Desinformation über spanisches Militär
Spanien	Madrid	Cyberangriff	Juli 2024	Cyberangriff gegen NATO-Länder
Tschechische Republik	Prag	Sabotage	April 2024	Hackerangriff auf Schienennetze
Tschechische Republik	Prag	Cyberangriff	2023 – fortlaufend	Cyberangriffe in Tschechien
Tschechische Republik	Prag	Brandstiftung	Juli 2024	Brandstiftungsversuch in Bussen
Vereinigtes Königreich	London	Brandstiftung	März 2024	Brandstiftung in einem Lagerhaus mit ukrainischer Verbindung
Vereinigtes Königreich	London	Sabotage	Juli 2024	Geplanter Sabotageakt an der kasachischen Botschaft
Vereinigtes Königreich	Birmingham	Sabotage	Oktober 2024	DHL-Paket fängt Feuer im Lager
Vereinigtes Königreich	London	Spionage	März 2025	Journalist beschattet
Vereinigtes Königreich	Ärmelkanal	Spionage	Januar 2022	Royal Navy überwacht Schiff
Vereinigtes Königreich	St.-Georgs-Kanal	Spionage	Januar 2025	Russisches Spionageschiff
Vereinigtes Königreich	London	Cyberangriff	Dezember 2023	Versuch, sich in die britische Politik einzumischen
Vereinigtes Königreich	London	Cyberangriff	2022 – fortlaufend	Kampagne der Cyber-Sabotage

Quelle: Westliche Regierungsvertreter behaupten, Russland stecke hinter einer Sabotagekampagne in ganz Europa. Diese AP-Karte verdeutlicht dies, Emma Burrows, 21.03.2025, <https://apnews.com/article/russia-ukraine-war-europe-hybrid-campaign-d61887dd3ec6151adf354c5bd3e6273e>

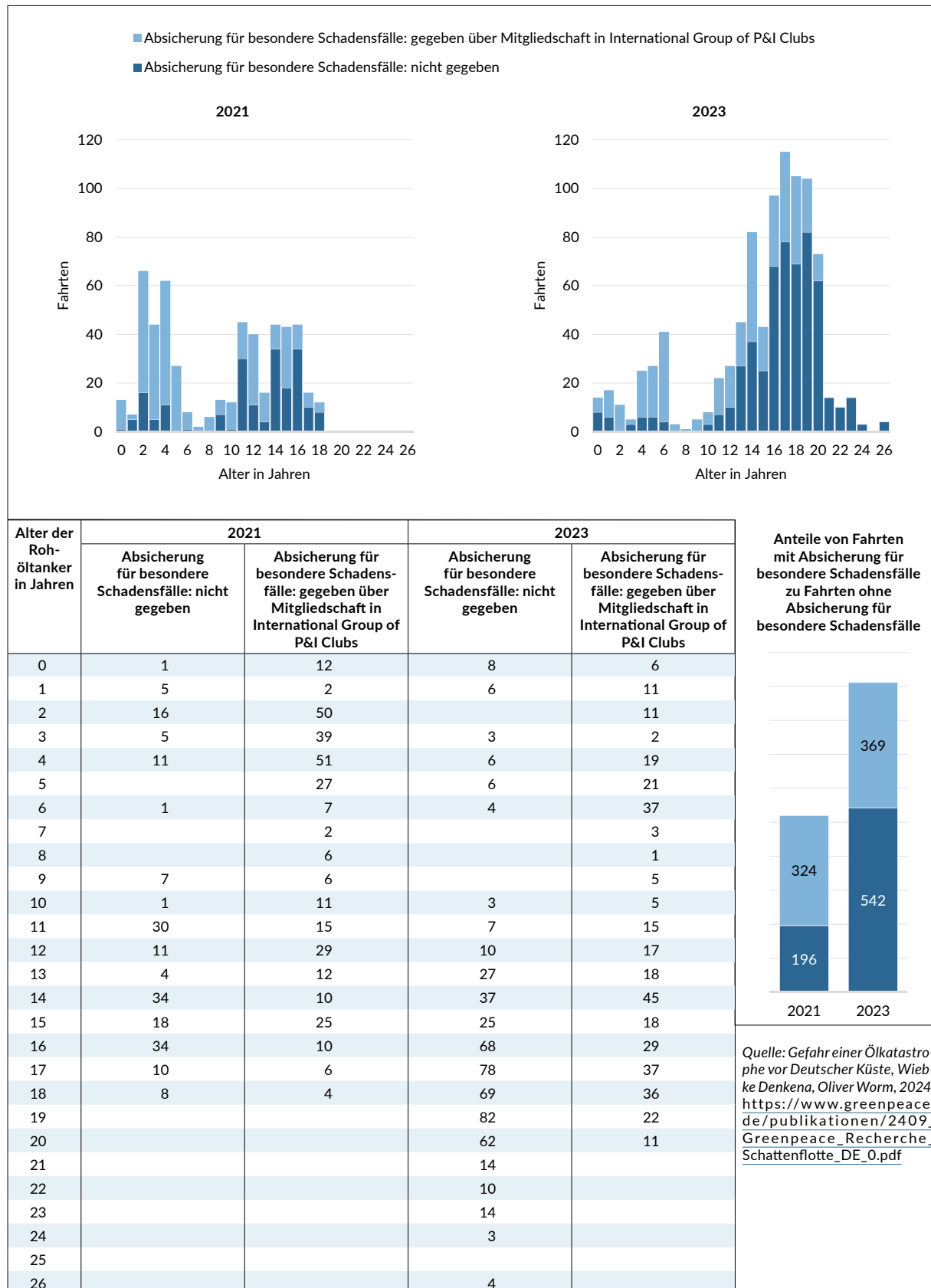
Grafik 5: Gesamtzahl von Schiffsfahrten, Zahl von Fahrten von Rohöltankern, Fracht- und Containerschiffen vor der deutschen Ostseeküste im Vergleich (01.01.2021–01.07.2024)

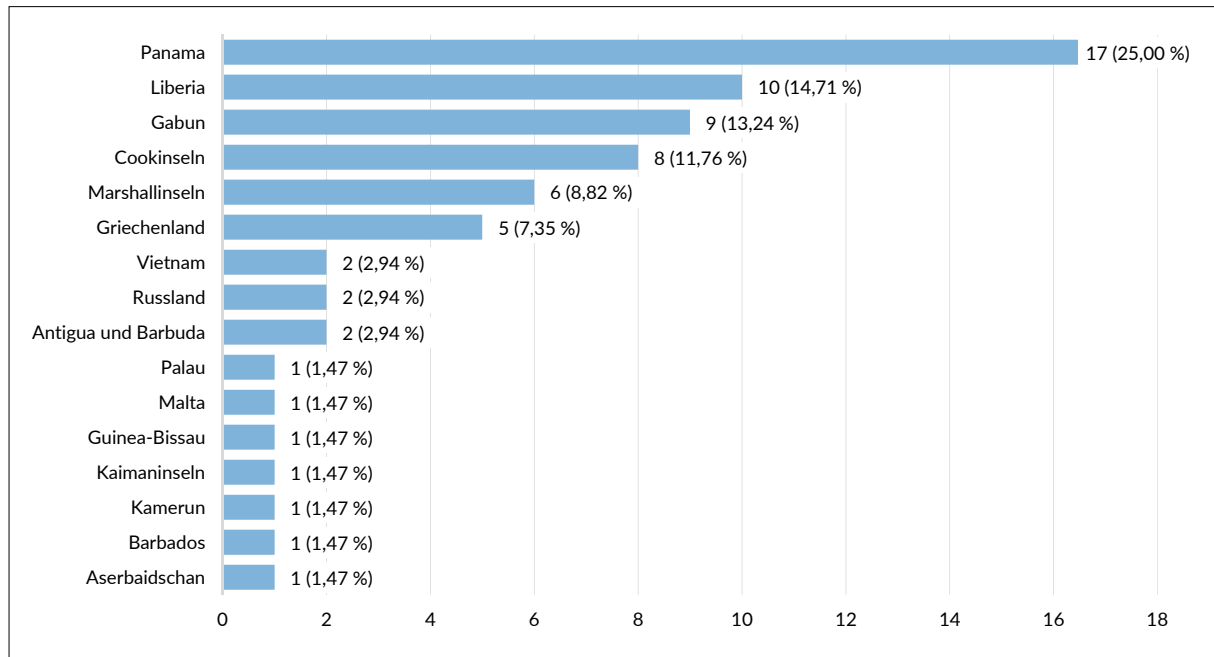
Quelle: Gefahr einer Ölkatastrophe vor Deutscher Küste, Wiebke Denkena, Oliver Worm, 2024, https://www.greenpeace.de/publikationen/2409_Greenpeace_Recherche_Schattenflotte_DE_0.pdf

Tabelle 2: Gesamtzahl von Schiffsfahrten, Zahl von Fahrten von Rohöltankern, Fracht- und Containerschiffen vor der deutschen Ostseeküste im Vergleich (01.01.2021–01.07.2024)

Datum	Gesamtanzahl der Fahrten	Anzahl der Fahrten von Rohöltankern	Anzahl der Fahrten von Zellulären Containerschiffen	Anzahl der Fahrten von Massengutfrachtern mit Containerkapazität
01.01.2021	488	40	84	78
01.02.2021	383	27	77	41
01.03.2021	464	43	86	73
01.04.2021	494	47	88	76
01.05.2021	496	48	85	63
01.06.2021	444	38	81	64
01.07.2021	476	47	88	85
01.08.2021	467	49	88	78
01.09.2021	458	44	81	75
01.10.2021	516	45	93	80
01.11.2021	500	44	83	87
01.12.2021	473	48	80	65
01.01.2022	469	55	77	67
01.02.2022	396	47	73	52
24.02.2022	Kriegsbeginn			
01.03.2022	318	52	41	36
01.04.2022	332	65	27	42
01.05.2022	354	58	30	29
01.06.2022	346	69	17	45
01.07.2022	323	66	16	39
01.08.2022	309	72	6	29
01.09.2022	297	62	6	33
01.10.2022	347	73	7	33
01.11.2022	346	67	8	38
01.12.2022	332	62	9	27
01.01.2023	347	83	8	28
01.02.2023	316	71	10	32
01.03.2023	382	80	15	35
01.04.2023	401	87	16	35
01.05.2023	390	86	23	38
01.06.2023	369	76	18	42
01.07.2023	361	63	18	34
01.08.2023	376	66	19	45
01.09.2023	377	75	21	42
01.10.2023	356	73	25	34
01.11.2023	367	76	19	34
01.12.2023	383	79	29	36
01.01.2024	357	69	29	26
01.02.2024	369	83	30	31
01.03.2024	407	87	32	34
01.04.2024	363	79	32	28
01.05.2024	371	77	30	27
01.06.2024	364	76	27	33
01.07.2024	358	68	27	32

Quelle: Gefahr einer Ölkatastrophe vor Deutscher Küste, Wiebke Denkena, Oliver Worm, 2024, https://www.greenpeace.de/publikationen/2409_Greenpeace_Recherche_Schattenflotte_DE_0.pdf

Grafik 6: Mehr Fahrten alter Rohöltanker ohne Unfallversicherung vor der deutschen Ostseeküste

Grafik 7: Hoher Anteil von Flaggenstaaten mit schlechten Standards (Anzahl der Fahrten)

Quelle: Gefahr einer Ölkatastrophe vor Deutscher Küste, Wiebke Denkena, Oliver Worm, 2024, https://www.greenpeace.de/publikationen/2409_Greenpeace_Recherche_Schattenflotte_DE_0.pdf

Tabelle 3: Sanktionierte Schiffe der russischen Schattenflotte (Stand: 22. April 2025)

Bekannte Schiffe (März 2025)	343	
davon: sanktioniert	264	
nicht sanktioniert	79	

Nach sanktionierenden Ländern bzw. Institutionen:						
	Unilateral	USA und EU	EU, GB und USA	USA und GB	EU und GB	insgesamt
USA	85	38	34	12	46	169
EU	12					130
GB	37			12		129

Quelle: Robin Brooks auf X, Stand: 22. April 2025, https://x.com/robin_j_brooks/status/1914652773309628777.

EU verabschiedet 17. Sanktionspaket gegen Russland (20. Mai 2025)

Die EU hat ihr bislang umfassendstes Sanktionspaket gegen Russland beschlossen, um den Druck auf Moskau wegen des Angriffskriegs gegen die Ukraine zu erhöhen.

Zentrale Maßnahmen:

Schifffahrt: 189 weitere Schiffe der russischen Schattenflotte sanktioniert (insgesamt 342), Hafenzugang und Dienstleistungen verboten.

Unternehmen: 31 neue Firmen sanktioniert, darunter 13 aus Drittstaaten wie Türkei, VAE und Vietnam.

Personen und Organisationen: 75 neue Listungen (17 Einzelpersonen, 58 Organisationen), u. a. aus dem Militär- und Kulturbereich.

Technologie und Handel: Erweiterte Exportverbote für Dual-Use-Güter, Chemikalien und CNC-Maschinenteile; Transitverbote zur Umgehungsprävention.

Ausnahme: Öltransporte aus dem Sachalin-2-Projekt nach Japan bleiben bis Juni 2026 erlaubt.

Wirtschaftliche Wirkung: Russlands Energieeinnahmen sanken von 100 Mrd. € (2022) auf 22 Mrd. € (2024); hohe Inflation, 21 Prozent Leitzins, schrumpfender Staatsfonds. Der Nationale Vermögensfonds wurde stark beansprucht, seine liquiden Mittel sind um 65 Prozent gesunken.

Die EU koordiniert sich eng mit G7-Staaten, um Umgehungen zu verhindern und die Sanktionen durchzusetzen.

Quelle: Europäische Kommission, 20.05.2025, https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-verabschiedet-17-sanktionspaket-gegen-russland-2025-05-20_de

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992.

Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus oder Polen Gebrauch zu machen, um z.B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Diana Mohr, Thiemo Feldmann
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götze, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>